

DEUTSCHE POLIZEI

Nr. 3 März 2009 Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei



Entschlossen!

In dieser Ausgabe:

Tarifpolitik:
Dritte Verhandlungsrunde –
Verhandlungen unterbrochen

NATO-Gipfel:
Vorbereitungen für NATO-Gipfel
laufen auf Hochtouren

Funkstreifenwagen:
Gut sichtbar und einheitlich

Delikte gegen Schutzbefohlene:
Checkliste für die polizeiliche
Praxis

Afghanistan:
Verlorene Jahre am Hindukusch?

Terrorismus:
Unsere Atombombe
ist eine Autobombe

Junge Gruppe

Vorbereitungen für NATO-Gipfel laufen auf Hochtouren



Mit einem Doppelgipfel in Kehl und Straßburg feiert die NATO Anfang April ihr 60-jähriges Bestehen. Das politische und organisatorische Großereignis stellt auch die Polizei vor neue Herausforderungen.

S. 14

Bessere Erkennbarkeit von Funkstreifenwagen



Die GdP Sachsen-Anhalt hat Vorschläge zur Verbesserung der Erkennbarkeit von Funkstreifenwagen unterbreitet.

S. 18

Checkliste für die polizeiliche Praxis

Wer im Dienst mit Kindesmisshandlung/-vernachlässigung in Berührung kommt, kann die Checkliste helfen, alles Notwendige gegenüber dem Opfer, dem Täter und in Bezug auf den Tatort im Auge zu behalten.

S. 24

KURZ BERICHTET	2
KOMMENTAR Milchmädchenrechnung	4
FORUM	4/5/11
TITEL/DEMONSTRATION	6
Mit dem Sparen muss jetzt Schluss sein!	
TARIFPOLITIK Dritte Verhandlungsrunde – Verhandlungen unterbrochen	8
Bonus für Gewerkschaftsmitglieder	10
EUROCOP Wie viel Sicherheit will Europa sich in der Finanzkrise noch leisten?	12
NATO-GIPFEL Vorbereitungen für NATO-Gipfel laufen auf Hochtouren	14
BELASTUNGEN Gemeinsame Sitzung des BFA „BePo“ mit dem Bundesjugendvorstand	16
AUSSTATTUNG Bessere Erkennbarkeit von Funkstreifenwagen	18
VERKEHRSGERICHTSTAG 2009	22
Kein „Fahrtauglichkeits-TÜV“ für Senioren	
VERKEHR Zweites Verkehrsforum der GdP	23
DELIKTE GEGEN SCHUTZBEFOHLENE	24
Checkliste für die polizeiliche Praxis	
RUHRFESTSPIELE Kultur kompakt in Recklinghausen	26
FRAUENGRUPPE (BUND) Diskriminierungsverdacht? ADS!	27
AFGHANISTAN Verlorene Jahre am Hindukusch?	29
TERRORISMUS Unsere Atombombe ist eine Autobombe	31
REFLEKTIONEN „In jedem Alter liegt ein Charme – auch im Alter“	35
JUNGE GRUPPE	39
BÜCHER	40
IMPRESSUM	40



12. EUROPÄISCHER POLIZEIKONGRESS IN BERLIN:

GdP macht Positionen deutlich

Auch beim 12. Europäischen Polizeikongress – dem Treffen von internationalen Polizeixperten, Politikern und Ausstellern – war der GdP-Stand stark frequentierter Anziehungspunkt für die rund 1.800 Teilnehmer aus 66 Nationen. Doch die GdP stellte sich nicht nur dar, sondern redet auch mit: GdP-Bundesvorsitzender Konrad



Der Innenminister von NRW, Dr. Ingo Wolf, zu Gast am Stand der GdP (r. GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg). Foto: H. Müller

Freiberg ging intensiv auf die Frage ein, ob die Polizei überfordert wird oder es sogar schon ist. „Die Polizeibeamtinnen und -beamten sind an der Grenze der Belastbarkeit. Die Kolleginnen und Kollegen der Bereitschaftspolizeien sind jedes Wochenende unterwegs, um Konflikte zu schlichten“, stellte er klar und ging detailliert auf die Belastungen der Polizei ein. In seinem Eingangsstatement für das Fachforum IV „Wissen, entscheiden, handeln – Unterstützung der kooperativen Polizeiarbeit“ machte er deutlich:

„Seit dem 11. September 2001 sind bei der Polizei in Deutschland 10.000 Stellen abgebaut worden. Das Personal fehlt uns an allen Ecken und Kanten. Aber auch die durch die Politik initiierten Reformen innerhalb der Polizeien von Bund und Ländern, die sogenannten Modernisierungsmaßnahmen, haben nicht zu einer Entlastung der Polizei beigetragen.“

Als vorläufiges Ergebnis ist festzustellen: Mehr Arbeit, weniger Personal, Sparmaßnahmen und Reformexperimente.“ *red.*

FRAUENGRUPPE (BUND):

Jahresarbeitstagung

Das GdP-Kongressjahr 2010 hatten die Kolleginnen der Frauengruppe fest im Blick, als sie sich Ende Januar zu ihrer alljährlichen Arbeitstagung in Berlin trafen: Im Mittelpunkt standen erste Vorbereitungen für die Bundesfrauenkonferenz (6.-8.3.2010/Potsdam) – und die Frauen diskutierten inhaltliche Schwerpunkte, Mottovorschläge und Rahmenprogramm ebenso wie Antragsfristen und Personalien. Inzwischen steht fest: Die steigende Zahl der Frauen in der Polizei, ihre wachsende Bedeutung für

die Polizeiarbeit und das Ziel der Chancengleichheit sollen auf der Konferenz und im Jahr 2010 eine herausragende Rolle spielen.

Auf dem Programm der Arbeitstagung standen außerdem die Tagung für Gleichstellungsbeauftragte aus den Polizeien von Bund und Ländern (23./24.9.2009), zu der in den nächsten Wochen zahlreiche Kolleginnen aus ganz Deutschland eingeladen werden, sowie Arbeitsbesuche in der DGB-Bundesvorstandsverwaltung und in der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (vgl.

S. 27). Und Elke Gündner-Ede, für Frauen- und Gleichstellungspolitik zuständiges Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand, berichtete zu aktuellen Fragen der Bundespolitik.

Darüber hinaus plante die Frauengruppe eine Postkarten-Aktion, mit der sie sich anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März der frauenpolitische Initiative „ICH BIN MEHR WERT!“ des DGB anschließt: Mit ihren Forderungen nach einer Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, nach fairen Karrierechancen für Frauen und Entgeltgleichheit auch für die Beschäftigten in der Polizei wenden sich damit die Landesfrauengruppen an polizeiliche Entscheidungsträger und Vorgesetzte vor Ort. *weu*

PRIVATWIRTSCHAFT:

Skandalöse Ausforschung

Einen ebenso strengen Umgang mit persönlichen Daten, wie es bei staatlichen Behörden und Organisationen vorgeschrieben ist, hat GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg für Unternehmen und Wirtschaftsbetriebe angemahnt: „Die jüngsten Datenschutz-Skandale bei der Deutschen Bahn AG, die sich nahtlos in die Kamera-Überwachung von Beschäftigten bei Supermarkt-Konzernen und die

Ausspähung von Telekommunikationsdaten bei der Deutschen Telekom AG einreihen, zeigen, dass sich die Privatwirtschaft erschreckende rechtsfreie Räume geschaffen hat.“ Es sei dringend erforderlich, die Rechte des Bürgers auch dort abzusichern, wo er seine Lebensunterhalt verdient und seine Brötchen kauft.

Der GdP-Vorsitzende unterstützte die Forderung des Bundesdatenschutzbeauf-

tragten, Peter Schaar, nach einem Arbeitnehmer-Datenschutzgesetz. Über Kontrollmaßnahmen des Arbeitgebers müssten zudem Arbeitnehmer und Betriebsräte informiert werden.

Strengere Regeln seien aber auch für die Daten von Kunden notwendig. Der Kunde müsse davor geschützt werden, dass beispielsweise sein Konsumverhalten, seine Zahlweise und sein Wohnort zu einem persönlichen Werbeprofil zusammengebaut würden, das möglicherweise auch an andere Daten-Interessenten weitergeben werden könnte.

red.



WARNSTREIKS:

Hamburg und Hessen

Dem Aufruf von ver.di, der GdP und GEW folgten am 5.2.2009 rund 3.000 Be-



Demonstration in Hamburg Foto: J. Clasen

schäftigte der Freien und Hansestadt Hamburg und verliehen damit ihrer Forderung nach 8 % und mindestens 200 Euro mehr Gehalt deutlich Nachdruck.

Bereits ab 7 Uhr versammelten sich die Streikenden am Landesbetrieb Verkehr in Hamburg-Mitte, von wo aus es anschließend gemeinsam mit Beamtinnen und Be-

amten zum DGB-Gebäude ging, wo die zentrale Kundgebung der Gewerkschaften ver.di, GdP und GEW stattfand.

Rolf Thiel, Chef der Streikleitung: „Der Druck durch die GdP wird höher. ... Es wird zu weiteren Streikmaßnahmen kommen, wenn von der Arbeitgeberseite keine Signale kommen.“

Auch in Hessen gingen mehrere hundert Beschäftigte aus dem Universitätsbereich, der Feuerwehr, dem Hessen Forst, der Schulen, der Straßenmeistereien und anderen Landesverwaltungen am 12. Februar 2009 hessenweit in den Warnstreik. In Kassel, Frankfurt, Fulda, Wiesbaden, Darmstadt und Gießen fanden daneben auch Demonstrationen und Kundgebungen statt. Der GdP-Landesvorstand, der gemeinsam mit der Tarifkommission in Gießen tagte, nutzte eine Sitzungspause, um den Streikenden die Solidarität der

Polizeibeschäftigten zu bekunden. Die Redner der Kundgebung auf dem Gießener Kirchplatz machten deutlich, dass insbesondere die Beschäftigten des Landes Hessen eine 8-prozentige Tarif- und Gehaltserhöhung verdient haben. Nach jahrelangem Sparkurs der CDU-Landesregierung kann es nicht sein, dass Banken mit Milliardenbeträgen vor dem



Hessen demonstriert Foto: E. Gerk

Ruin bewahrt werden und gleichzeitig die Beschäftigten dafür den Gürtel wieder einmal enger schnallen sollen. Acht Prozent mehr Lohn, mindestens aber 200 Euro, das sei nicht nur gerecht, sondern auch ein gutes Konjunkturprogramm in der jetzigen Finanz- und Wirtschaftskrise.

red./Ewald Gerk

DFK:

Kuratoriumssitzung in Berlin

Am 2.2.2009 fand im Bundesjustizministerium die Kuratoriumssitzung des Deutschen Forums für Kriminalprävention (DFK) statt. Im Tätigkeitsbericht des DFK über seine Aktivitäten im Jahre 2008 wurde über zahlreiche Initiativen und durch das DFK geförderte oder unterstützte Aktionen berichtet – wie z. B. das in die Website des DFK (www.dfk.de) integrierte Portal „Wissen gegen Gewalt“ und die Datenbank PräVIS (Präventionsinformationssystem).

Beim DFK handelt es sich um eine Stif-

tung, in der Bundesministerien der Bundesländer, Vertreter der Wirtschaft und Verbände, der Gewerkschaften, der großen Religionsgemeinschaften sowie der kommunalen Spitzenvertreter vertreten sind. Die Stiftung wurde 2001 gegründet, sitzt in Bonn und hat die Förderung der Kriminalprävention in allen Aspekten und Nutzung der Präventionsmöglichkeiten unter Einbindung aller gesellschaftlichen Kräfte zum Ziel. Die Mittel, diese Ziele zu erreichen sind u.a. die Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzung

staatlicher und nichtstaatlicher Instanzen, die Bündelung und Förderung von Synergien sowie die Erhebung und Verbreitung von wissenschaftlichen und best practice Erkenntnissen.

Präsidentin des Kuratoriums ist derzeit turnusgemäß Bundesjustizministerin Brigitte Zypries, die auch die Sitzung in Berlin leitete. Die GdP ist sowohl als Zustifterin und Gründungsmitglied als auch in Vertretung für den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) im Kuratorium vertreten. Vertreten wurde die GdP auf der Kuratoriumssitzung durch den Bundesvorsitzenden Konrad Freiberg und den auf der GdP-Bundesgeschäftsstelle für Kriminalpolitik zuständigen Gewerkschaftssekretär Andreas Nowak.

now

WERTSCHÄTZUNG:

Brandenburgs GdP-Vorsitzender wurde 50

Hohe Wertschätzung erfuhr der GdP-Landesbezirksvorsitzende von Brandenburg und GdP-Bundeskassierer Andreas Schuster zu seinem 50. Geburtstag im Januar. Ministerpräsident Matthias Platzeck (Foto l.), Innenminister Jörg Schönbohm, Finanzminister Rainer Speer, Vertreter

der Polizeiführung des Landes und natürlich viele GdP-Mitstreiter gratulierten dem konstruktiven Streiter für die Interessen der GdP-Kolleginnen und -Kollegen. Ministerpräsident Platzeck: Er ist ein starker Gegner, aber verhandle immer fair.

red.



KOMMENTAR

Milchmädchenrechnung

„Schuldenbremse“, das hört sich gut an. Das suggeriert: Wir bauen den Schuldenberg ab, dann wird es uns auch wieder besser gehen, weil wir weniger Zinsen zahlen müssen. Das bekannte „Milchmädchen“ mit seiner Rechnung würde sagen: Genau, man darf nicht mehr ausgeben, als man einnimmt!

Aber neben besagtem Milchmädchen gibt es in unserem Land gottlob auch Wirtschaftsweisen. So Prof. Peter

Bofinger, der sich zur Schuldenbremsen-Regelung klar geäußert hat: Sie gehört nicht ins Grundgesetz, weil sie z. B. den Staat handlungsunfähig macht. Hingegen plädiert er u. a. für eine deutliche öffentliche Investition ins Bildungssystem. Das würde mittelfristig eine hohe Rendite abwerfen!

Und genau das mit der Rendite bleibt dem Milchmädchen-Horizont verschlossen.

Das Dilemma allerdings: Wirtschaftsweise wie Prof. Bofinger und viele andere Finanz- und Wirtschaftssachverständige bleiben wohl ungehört. Offenbar folgt die Politik momentan eher ihrem Bauchgefühl, dem des Milchmädchens – oder dem der Wähler?

Was würde es heißen, wenn die Länder ab 2020 überhaupt keine Schulden mehr aufnehmen dürften und der Bund nur sehr begrenzt (0,35 Prozent des Bruttoinlandproduktes), so wie es die Schuldenbremsen-Regelung vorsieht?

Ich möchte nur mal auf den öffentlichen Dienst schauen: Wie immer in der deutschen Politik würde er als Erster als Sparschwein herhalten müssen, wenn keine Kredite mehr aufgenommen werden dürften. Aber ein Wirtschaftsgrundsatz sagt: Wenn ein Kredit in eine Investition gesteckt wird, die doppelt so hohe Renditen wie die geforderten Zinsen abwirft, dann ist das rentabel.

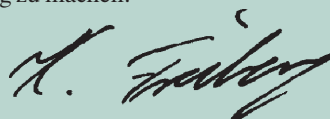
Nehmen wir nur mal Investitionen in die innere Sicherheit. Die haben durchaus Langzeitfolgen mit enorm hohen „Renditen“. Intensive Prävention, eine hoch motivierte und bestens ausgestattete Polizei, ausreichend Experten auf allen sicherheitsrelevanten Gebieten und keine Personal- und Nachwuchsprobleme – das würde sicher erst einmal Kosten verursachen, aber langfristig dem Staat enorm Kosten sparen!

Und wenn wir dann noch Bofingers Vorschlag dazu nehmen, spürbar in die Bildung zu investieren, dann haben wir die Chance auf mehr Job-fähige Schulabschlüsse, damit auf weniger Arbeitslosigkeit und mehr Steuerzahler. So weit ein optimistisches Szenario.

Nun das, was uns wahrscheinlich erwartet:

Das prognostizierte sinkende Wirtschafts-„wachstum“ (-2,25 % Prognose der Bundesregierung) wird zu Steuermindereinnahmen für die öffentlichen Haushalte führen. Die zahlenmäßige Zunahme von Arbeitslosen und Kurzarbeitern wird höhere Sozialausgaben zur Folge haben. Dafür fließt immer mehr für Sozialausgaben ab. Die Steuereinnahmen werden schmelzen, wenn die von vielen angekündigte Steuerreform umgesetzt würde. Und so sitzt der Staat bald auf dem Trockenen. Und der öffentliche Dienst wird wie ein Fisch nach Luft und Wasser schnappen. Es wird eng.

Wenn die Schuldenbremse im Grundgesetz verankert wird, dann hören wir das Totschlagargument „Kein Geld“ wohl bis zum Sankt Nimmerleinstag. Bis dahin wird der Staat ständig in Geldnöten sein, der öffentliche Dienst wohl kaum attraktiver, Privatisierungen werden zunehmen und schließlich wird der Staat in seinem Handlungsspielraum übermäßig eingeschränkt sein. Er stranguliert sich selbst. Aber wir haben gerade in der Wirtschaftskrisenzeit erfahren, wie wichtig ein starker Staat ist. Und wir sind eine der Säulen davon. Daher werden wir auch weiter alles daran setzen, diese Säule stark und tragfähig zu machen!



Zu: Den Falschen angeschossen, DP 2/09

Mit Interesse habe ich den Artikel gelesen. Der Artikel bezieht sich sowohl auf die rechtliche, als auch auf eine strafrechtliche Würdigung. Ich wunderte mich jedoch über die letzten Zeilen, aus denen hervorging, dass der Täter gefasst wurde und der angeschossene Mann soweit genesen ist.

Hier stellt sich aber für mich die Frage, wie es den eingesetzten Beamten geht? Wie haben sie den Schusswaffengebrauch und damit die Verletzung einer Person verkraftet? Wurden Sie entsprechend betreut?

Ich wäre ihnen dankbar, wenn sie diese Information noch in Erfahrung und ggf. nachberichten können.

**Mark Butt, Rhein-Kreis Neuss, PW
Dormagen**

Die Redaktion hat nachgefragt.

Hier die Antwort:

Die beiden Kollegen wurden sowohl von uns (Koll. Schimmel und mir) als auch vom Leiter des Polizeireviers sowie den Schichtkollegen betreut. Bereits unmittelbar nach dem Schusswaffengebrauch, d. h. noch am selben Abend, wurde mit sehr viel Rücksicht von den Sachbearbeitern und der Leitung der PD Pforzheim agiert.

Um keine Informationsdefizite aufkommen zu lassen, wurden über die gesamte Ermittlungsdauer nahezu alle kriminalpolizeilichen Maßnahmen mit dem Revierführer und auch mit der Leitung der PD Pforzheim abgesprochen. Bei den Medienanfragen (Fernsehen/Rundfunk/Presse) wurde von der Leitung der Polizeidirektion Pforzheim als auch von der Leitung des Regierungspräsidiums Karlsruhe, Abt. 6, sehr besonnen vorgegangen, um die beiden Kollegen nicht in Misskredit zu bringen.

Die Kollegen haben den Schusswaffengebrauch daher äußerst gut verkraftet. Wir hatten auch während der Fallbearbeitung stets Kontakt mit ihnen gehalten.

Selbst nach Abschluss der Ermittlungen und Vorlage der Akten an die Staatsanwaltschaft gab es noch abschließende Gespräche mit den Kollegen.

ECHK Günther Horn

Zu: Matrix – Polizei im 21. Jahrhundert, DP 2/09

Der o. a. Artikel reizt mich zu tausenden Anmerkungen. Ich komprimiere sie auf wenige Worte:

Danke. Schon lange nicht mehr so ein treffliches Werk gelesen. Traurig korrekte Realität und meisterlich inszenierte Fiktion. Dank Euch, Freiheit der Meinung,



Friedman des Kapitalismus, Freuding der Polizei, Freunde der GdP.

Alfred Berger, www.polizeicartoons.de
www.polizeicomics.de



Es war wieder einmal interessant, wie sich jemand mit einem Thema auseinandersetzt und Meinungen aufgreift oder einbringt, die er selbst wohl nicht gemacht hat.

Dabei nimmt er nur unsachliche Meinungen von Negativ-Kritikern auf und hat sich wohl nicht die Mühe gemacht, sich einmal wirklich mit dem Thema wissenschaftlich oder wenigstens fachlich zu beschäftigen. Ich weiß nicht, welche südbadische Polizeidirektion er meint. Unsere Direktion war eine Pilotdienststelle im angesprochenen Sinne. Sollte er diese meinen, sind seine Darstellungen schlicht falsch und unwahr. Ich lade ihn gerne ein, sich mit dem Thema fachlich auseinanderzusetzen und biete ihm einen Besuch bei mir und unserer Personalvertretung an.

Es sei denn, es ging wieder einmal nur darum, polemisch gegen ein Thema zu arbeiten, das typische Beamentalitäten erkennen lässt und das Thema nur aus „Handwerkersicht“ beleuchtet.

Wobei ein guter Handwerker, wenn man sich mit ihm fachlich auseinandersetzt, den Sinn erkennt. Ich schätze alle guten und konstruktiv kritischen „Handwerker“ und setze mich ständig mit Ihnen über diese Themen auseinander. Nur: Die Sicht eines „Handwerkers“ und seine Erfahrungen machen noch lange nicht aus jedem Handwerker einen Ingenieur, wie ein Ingenieurstudium alleine noch lange keine gute Führungskraft macht. Und: Ein solches Projekt mit der „Handwerkerbrille“ zu betrachten, geht weit an der Sache vorbei. Dazu muss ein Handwerker bereit sein, die „Ingenieurbrille“ aufzusetzen und sich das erforderliche Wissen aneignen. Führung und Strategie brauchen „Führungs- und Ingenieurwissen“ und Erfahrungen in diesem Bereich, die das Wissen der Handwerker und deren Erfahrungen aufnehmen. Dafür genügen auch in diesem Bereich eben Handwerkererfahrungen alleine nicht. Dass Führungskräfte der Polizei keine Ingenieure in diesem Sinne seien, diese Gegenkritik kann verstummt bleiben. Denn kaum ein klein- oder mittelständischer Unternehmer hat eine bessere Führungsausbildung als die Polizei in ihren Studiengängen und Ausbildungen mit betriebswirtschaftlichen Zusatzseminaren. Und die weiteren Anregungen, dass man nur Ziele verfolgen sollte, die ört-

lich ein Problem sind, sind bei uns schon längst Schnee von gestern. Landesweite Kennzahlen bleiben dann eben im roten Bereich und können erklärt werden. Die Ausführungen zur Normalverteilung und zur § 24 a StVG-Kampagne sind genauso haarsträubend.

Auch die dargestellten Probleme, Leistungen aufzuschreiben in einer Zeit, in der man vielleicht einmal Kaffee trinkt, sind oberflächliche Anfängerprobleme aus 1995, die nur für Polemik geeignet sind, in der Praxis aber nicht wirklich ein Problem waren. Denn zur Toilette geht man auch. Selbst diese Ausführung zeigt, dass das kein fachlicher Beitrag sein kann.

Genauso falsch ist der Hinweis auf die Beurteilungen, denn die Daten konnten nicht personenbezogen betrachtet oder ausgewertet werden. Schlicht unwahr!!

Der Polizeialltag in unserer südbadischen Polizeidirektion ist wirklich anders als Herr Freuding ihn beschreibt.

Übrigens: Wir und unsere Gewerkschaften arbeiten gerne mit Zahlen und bunten Grafiken, betreiben Zahlenakrobatik, rechnen und zählen, wenn wir Beförderungen, bessere Polizeidichten, Beurteilungsquoten, neue Stellen und, und, und wollen. Also bitte: Alle diese Anmerkungen sind nichts als unfachliche, unsachliche Polemik, wenn man einfach nichts Neues will!

Wenn so gearbeitet und Meinung gemacht wird, bin ich von meiner Gewerkschaft wieder einmal enttäuscht. Geht es nur um Mitgliederzahlen und Wähler?

Dieses Thema kann man sehr wohl kritisch angehen und auch eine ablehnende Meinung vertreten. Aber dann bitte fachlich richtig.

Roland Wössner,
Leiter der Polizeidirektion Villingen-Schwenningen



Michael Freuding trifft mit seinen Thesen, ... rechnen, zählen, zielen, verfehlen, optimieren und (vielleicht) diskutieren den Nagel genau auf dem Kopf! So sieht's aus! Jeder will der Beste sein und tritt den Nachgeordneten nieder. Vorgesetzte interessiert nur ihr eigenes Fortkommen, indem von ihnen (fast) alles abgenickt wird, was von „oben“ kommt. Hauptsache man fällt „oben“ nicht auf. Es wird gespart bis Teufel komm raus, was das für die Menschen bedeutet, ist uninteressant! Die Stuttgarter Politik ist hierfür ein bestes Beispiel. Die Folgen Teufel'scher Sparpolitik sind

allenthalben spürbar. Seine Nachfolger setzten Teufels Politik nahtlos fort. Da werden z. B. Bekleidungskonten der Kolleginnen und Kollegen zugunsten der blauen Uniform rücksichtslos gesperrt, der WKD gegen den Rat der GdP unteren Verwaltungsbehörden zugeordnet, polizeieigene Kfz-Werkstätten geschlossen, weiterhin Stellen gestrichen und wehe, es widerspricht jemand! Gegenstimmen werden wohl nett angehört, das war's dann auch schon. Michael Freuding hat vollkommen recht, wenn er schreibt, statt Geld gibt's Beurteilungsnoten möglichst nach dem gaußschen System aus längst vergangenen Zeiten, nach dem Menschen ohne Rücksicht auf ihre wahren Leistungen nach prozentualen Vorwegaufteilungen arithmetisch beurteilt werden.

Dieser Artikel von Michael Freuding müsste in jedem Führungsseminar zur Pflichtlektüre gemacht werden, um darzulegen, wie Führung nicht auszusehen hat!

Peter Hafke, per E-Mail

Zu: Leserbrief von Holger Patzwall, In Gesichtern lesen, DP 12/08

Die Psycho-Physiognomik sollte nur nach ganzheitlicher Anamnese eingesetzt werden.

Vor der Auswertung von Physiognomie, Gang, Haltung, Handschrift, oder Aussprache sollte unbedingt abgeklärt werden, ob angeborene oder erworbene körperliche Beeinträchtigungen vorliegen, die eine Beurteilung verfälschen könnten.

Heide Florl, Köln

Fortsetzung auf Seite 11

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

GdP-Bundesvorstand
Redaktion Deutsche Polizei
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-114
Fax: 030/39 99 21-190
E-Mail:
gdp-redaktion@gdp-online.de



DEMONSTRATION

Mit dem Sparen muss jetzt Schluss sein!

Was sich in diesem Jahr am 3. Februar in Hannover abspielte, damit hatte wohl niemand in dem Ausmaß gerechnet – so

GdP organisierte Tarifbeschäftigte, Polizistinnen und Polizisten aus dem ganzen Bundesgebiet, haben sich in der

machtvollen Demonstration Nachdruck zu verleihen: eine Einkommenssteigerung von 8 Prozent, mindestens aber 200 Euro!

Unterstützt wurden sie dabei von zahlreichen Beamtinnen und Beamten, die sich solidarisch an die Seite ihrer Kolleginnen und Kollegen stellten.

Der Stimmung war die Entschlossenheit der Demonstrantinnen und Demonstranten anzumerken, ihre Forderungen mit allen gewerkschaftlichen Kampfmöglichkeiten durchzusetzen.

In seiner von tosendem Beifall begleiteten Rede auf dem Opernplatz in Hannover brachte es GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg auf den Punkt: „In den letzten 10 Jahren haben die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes Verzicht leisten müssen und die Haushalte konsolidiert. Unsere Kolleginnen und Kollegen

dürfen nicht wieder Opfer vorgeschobener Sparzwänge werden. Wir stemmen



Vor der Kundgebung zogen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Großkundgebung durch die Hannoveraner Innenstadt.

wohl was die Menge der Teilnehmerinnen und Teilnehmer als auch die Stimmung anging. Es war kolossal! Und es war ein deutliches Zeichen an die Arbeitgeber: Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind entschlossen, für ihre Forderungen einzutreten; gemeinsam und mit allen gewerkschaftlich möglichen Mitteln.

Wer dabei war, wird den Tag nicht vergessen. Rund 14.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, darunter nahezu 5.000 in der

niedersächsischen Hauptstadt versammelt, um ihren Forderungen in einer



Eindrucksvoll wurde die Forderung von GdP, ver.di, GEW und dbb-Tarifunion nach „8 Prozent mehr, mindestens aber 200 Euro“ untermauert.



uns jetzt mit aller Macht dagegen, dass wir auch noch die Zeche für das geldgierige und skrupellose Handeln von Kapitalis-



DEMONSTRATION



ten-Junkies bezahlen sollen. Mit dem Sparen muss jetzt Schluss sein!“

Etliche unserer Kolleginnen und Kollegen haben Urlaub genommen, sind nachts um eins in die Busse nach Hannover gestiegen, haben lange Fahrzeiten, Unbequemlichkeiten und die Winterkälte in Kauf genommen, um bei diesem gewerkschaftlichen Großereignis dabei zu sein und zu zeigen: Wir sind uns einig, wir fordern gerechte Bezahlung!

Auf vielen originellen Transparenten haben sie ihre Forderungen schließlich auch artikuliert. Die GdP-Kreisgruppen ins Ostwestfalen: „Unser Konjunkturprogramm: Lohnerhöhung wirkt sofort“ oder die Kreisgruppe Gelsenkirchen: „Wir wollen keine Milliarden, wir wollen nur 8 %“. Und die GdP Sachsen stellte mit ihrem Spruchband klar: „Vom Sparschwein zum Stachelschwein – Wir weh-



und dbb-Tarifunion brüsk als „nicht von dieser Welt“ und als „unverhandelbar“ bezeichnet. „Angesichts tausender zorniger Beschäftigter heute in Hannover und vieler Warnstreiks in ganz Deutschland“, so Konrad Freiberg, „stellt sich die Frage, worauf die Herren denn noch warteten?“ Und weiter: „Wer wie die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes eine Verlänge-



„Wir wollen keine 500 Milliarden, wir wollen keine 50 Milliarden, wir wollen 8 Prozent! Wir wollen nicht die Zeche für geldgierige Banker und unfähige Politiker zahlen.“

Konrad Freiberg

Fotos: Püschel/Robra/Dures/Weinbach



ren uns“ oder die Kreisgruppe Recklinghausen: „Wir stützen die Konjunktur bei 8 Prozent bleiben wir stur.“

Dieser überwältigende Protest der Beschäftigten, so Konrad Freiberg, sei das unmissverständliche Signal an die öffentlichen Arbeitgeber „Bis hierher und nicht weiter!“. Man habe die Beschäftigten vor den Kopf gestoßen, die gemeinsame Forderung von GdP, ver.di, GEW



rung der Wochen- und Lebensarbeitszeit, einschneidende Reallohnverluste, Streichungen oder Kürzungen bei Weihnachtsgeld, der Altersversorgung und Verschlechterungen im Gesundheitsbereich hinnehmen musste, der hat einfach die Nase voll.“

Am 28. Februar wurden die Tarifverhandlungen wieder aufgenommen, nachdem sie am 14.2. unterbrochen wurden. Wenn unsere Zeitung Anfang März erscheint, wissen wir mehr. Aber eingedenk der Geschlossenheit der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sollten die Arbeitgeber dann unbedingt ein tragfähiges Angebot auf den Tisch gelegt haben. Denn die Unannehmlichkeiten eines Streiks sollten den Bürgerinnen und Bürgern – wenn irgend möglich – erspart bleiben.

Tetz



Dritte Verhandlungsrunde – Verhandlungen unterbrochen

Die dritte Verhandlungsrunde mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) wurde am 14. Februar 2009 nach wenigen Stunden ohne Ergebnis unterbrochen und auf den 28. Februar/1. März 2009 vertagt. GdP-Bundeschef Konrad Freiberg nannte das Angebot der Arbeitgeber von insgesamt weniger als zwei Prozent „unverantwortlich“. Auch die stellvertretende Bundesvorsitzende der GdP, Kerstin Philipp, bezeichnete das Angebot „... als ein inakzeptables Spiel mit der sozialen Situation der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Die Kaltschnäuzigkeit der Arbeitgeber provoziert weitere Aktionen, Demonstrationen und Warnstreiks“.

entwicklung beim Bund und den kommunalen Arbeitgebern hergestellt wird. Ihre Forderung: eine lineare Entgelterhöhung von acht Prozent bei einem Mindestbetrag von 200 Euro.

Davon ist die TdL mit ihrem Angebot, das unterm Strich unter 2 Prozent liegt, meilenweit entfernt.

Parallel zu der stattfindenden dritten Verhandlungsrunde am 14. Februar 2009 tagte die Große Tarifkommission (GTK)

Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) unter ihrem Verhandlungsführer, dem niedersächsischen Finanzminister Hartmut Möllring, hatte zum 1. Juli 2009 eine Anhebung der Entgelte um 4,2 Prozent mit einer Laufzeit bis zum 31. Dezember 2010 angeboten.

Angesichts dieser „Kaltschnäuzigkeit“, mit der die Arbeitgeber den Interessen der Beschäftigten begegneten, machte nach Einschätzung der gewerkschaftlichen Gremien die Fortsetzung der dritten Verhandlungsrunde wenig Sinn. Die



Frank Bsirske tritt am Nachmittag des ersten Verhandlungstages (zwei waren angesetzt) vor die Presse: Die Verhandlungen sind unterbrochen. Das Arbeitgeber-Angebot inakzeptabel.

Foto: Holecek



GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg und ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske während der Verhandlungsrunde. Fotot: ver.di

Verhandlungen wurden vertagt – damit sind sie aber auch noch nicht gescheitert. In der vierten Verhandlungsrunde Ende Februar (nach Redaktionsschluss) hat die Arbeitgeberseite wohl eine letzte Chance, einen Erzwingungsstreik im öffentlichen Dienst zu verhindern.

Konrad Freiberg, der auch Mitglied der Sondierungskommission ist: „Wenn die finanzielle Situation in den Familien unserer Kolleginnen und Kollegen nicht so

ernst wäre, könnte man dieses Angebot als Karnevalsscherz betrachten. Es bedeutet, dass es in diesem Jahr zunächst eine Nullrunde von sechs Monaten – Januar bis einschließlich Juni 2009 – geben soll und im gesamten Jahr 2010 ebenfalls. Die angebotenen 4,2 Prozent, verteilt auf die von den Arbeitgebern vorgeschlagene Laufzeit von zwei Jahren, brächte weniger als zwei Prozent Entgelterhöhung monatlich in die Taschen der Beschäftigten.“

Sechs Nullmonate im Jahr 2009 und eine Nullrunde für 2010 ist eine Provokation für alle Landesbeschäftigten. Sie erwarten nach mehrjähriger Lohnzurückhaltung eine deutliche Lohnerhöhung, mit der die Reallohnverluste ausgeglichen werden und der Anschluss an die Lohn-



Konrad Freiberg informiert die Große Tarifkommission über die bisherigen Inhalte der soeben unterbrochenen Verhandlung.

Foto: Schenkluhn



TARIFPOLITIK



Rolf Thiel, Mitglied der Großen Tarifkommission bei seinem Vortrag über das Tarifsystem in Deutschland. Foto: Schenkluhn

in Potsdam. Als Konrad Freiberg gegen 15 Uhr dort vor die GTK trat und das inakzeptable Angebot sowie den Abbruch der Verhandlungsrunde bekannt gab, herrschte Fassungslosigkeit und Sprachlosigkeit. Es war fest damit gerechnet worden, dass spätestens Montagabend (15. Februar) ein akzeptables Ergebnis feststeht.

Die Vorsitzenden der verhandelnden Gewerkschaften ver.di, GdP, GEW und dbb tarifunion riefen ihre Mitglieder dazu auf, bis zum nächsten Verhandlungstermin am 28. Februar/1. März in zahlreichen Aktionen und Warnstreiks ihrer Empörung Luft zu machen. Freiberg: „Wir



Mitglieder der Großen Tarifkommission Foto: Schenkluhn

müssen den Arbeitgebern bis Ende des Monats zeigen, wie ernst unsere wirtschaftliche Lage ist und uns eine solche Kaltschnäuzigkeit nicht bieten lassen.“

Die GTK befasste sich daraufhin umgehend mit den gemeinsam mit ver.di, GEW und dbb tarifunion durchzuführenden „Warnstreik“-Aktionen, um den Arbeitgebern bzw. der TdL deutlich zu machen, dass sie entschlossen und einheitlich für ihre Interessen eintreten werden.

Für die Zeit vom 25. bis zum 27. Februar 2009 haben die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ver.di, GEW, dbb tarifunion und die GdP ihre Mitglieder – Tarifbeschäftigte sowie Beamtinnen und Beamte – zu Aktionen, Demonstrationen und Warnstreiks aufgerufen. Die Gewerkschaften rechnen aufgrund des nicht hinnehmbaren Angebots der TdL mit einer hohen Beteiligung der Beschäftigten – Tarifbeschäftigten wie Beamtinnen und Beamten. Die Vorbereitungen dazu wurden direkt im Anschluss an die unterbrochenen Verhandlungen aufgenommen. Dabei wird sich nach Einschätzung der Organisatoren der Druck auf die Arbeitgeber noch einmal deutlich erhöhen.

kör



Bonus für Gewerkschaftsmitglieder

Wenn Gewerkschaft und Arbeitgeberverband einen Tarifvertrag abschließen, dann wird dieser in der Regel nicht nur bei gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten angewandt. Einige Vergünstigungen ausschließlich für Gewerkschaftsmitglieder sind jedoch zulässig, zeigt eine Analyse.*

Dürfen Tarifverträge bestimmte Leistungen exklusiv für Gewerkschaftsmitglieder enthalten? Und darf ein Tarifvertrag einem Arbeitgeber untersagen, bestimmte Leistungen auch den nicht Tarifgebundenen zuzugestehen? Seit einigen Jahren stellen sich diese Fragen wieder häufiger. Denn immer mehr tarifliche Regelungen sehen über so genannte tarifliche Differenzierungsklauseln Boni für gewerkschaftlich Organisierte vor. Das können jährliche Sonderzahlungen, monatliche Beträge, bezahlte Qualifizierungszeiten oder das kostenfreie Tanken an der betriebseigenen Zapfsäule sein.

Grundsätzlich gilt ein Tarifvertrag nur für diejenigen, die diesen Vertrag schließen – also den Arbeitgeber oder dessen Verband auf der einen sowie die Gewerkschaft und deren Mitglieder auf der anderen Seite. Nicht oder anders Organisierte haben nicht per se einen Anspruch auf eine Gleichbehandlung mit den tarifgebundenen Arbeitnehmern. Erst die Bezugnahme auf den Tarifvertrag im jeweiligen Arbeitsvertrag stellt auch einen nicht organisierten Beschäftigten mit seinen tarifgebundenen Kollegen gleich.

Wenn eine Gewerkschaft Differenzierungsklauseln für ihre Mitglieder vereinbart, befindet sie sich immer in einem Dilemma: Einerseits ist ihr daran gelegen, dass ein abgeschlossener Tarifvertrag für möglichst viele Beschäftigte gilt, also auch für nicht oder anders Organisierte. Denn nur durch diese „Überwirkungen“ hat die Tarifautonomie Bestand.

Andererseits käme ohne die Gewerkschaft und ihre Mitglieder der Tarifvertrag gar nicht erst zustande.

Über das öffentliche Gut des Tarifvertrags hinaus muss die Interessenvertretung deshalb gewisse Anreize schaffen können, die eine Mitgliedschaft zusätzlich attraktiv machen, so die unter Arbeitsrechtlern inzwischen weitverbreitete Auffassung.

Im Jahr 1967 hatte der Große Senat des Bundesarbeitsgerichts (BAG) tarifliche Differenzierungsklauseln noch für verfassungswidrig erklärt. Doch in jüngerer Zeit sind immer weniger Arbeitsrechtler dieser Meinung. Auch das BAG könnte am

18. März zu einer neuen Position finden: Dann steht voraussichtlich seine Entscheidung zu einem Urteil des Landesarbeitsgerichts Niedersachsen an. Dieses hatte

Streitfall Differenzierungsklausel

Das Bundesarbeitsgericht hat über einen Fall aus Niedersachsen zu entscheiden: Die Klägerin, eine Pflegekraft bei der Arbeiterwohlfahrt, verlangt eine Sonderzahlung in Höhe von 535 Euro für das Jahr 2006. Bis dahin hatten alle Beschäftigten eine jährliche Sonderzahlung erhalten, die der Arbeitgeber streichen wollte.

Als Ausgleich für den Verzicht auf die Sonderzahlung vereinbarte dieser mit der Gewerkschaft ver.di, dass ab 2006 nur die ver.di-Mitglieder in jedem Geschäftsjahr eine Ausgleichszahlung bekommen sollten.

Die Klägerin ist aber nicht Mitglied der Gewerkschaft und erhielt daher keine entsprechende Zahlung. Sie hält die Differenzierungsklausel im Tarifvertrag für unwirksam.

Das Arbeitsgericht hatte in erster Instanz der Klage stattgegeben. Das Landesarbeitsgericht änderte jedoch das Urteil des Arbeitsgerichts und wies die Klage ab.

Mit ihrer Revision begehrt die Klägerin nun die Wiederherstellung des erstinstanzlichen Urteils.

argumentiert, dass eine Differenzierungsklausel auch dann wirken kann, wenn die Arbeitsverträge der nicht Organisierten eine Bezugnahme auf den Tarifvertrag enthalten. Der Arbeitnehmer müsse nicht umfassend als Gewerkschaftsmitglied behandelt werden – sondern nur die tariflichen Leistungen erhalten, die der Tarifvertrag ihm auch zugesteht.

Eva Kocher, Leiterin der Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt am Main, hat die verschiedenen Differenzierungsklauseln nun auf ihre Rechtmäßigkeit untersucht. Ihr Ergebnis: Anreize für den Gewerkschaftsbeitritt über Differenzierungsklauseln sind rechtlich zulässig, solange sie nicht so stark werden, dass sie faktisch einen Beitrittszwang für nicht oder anders Organisierte bedeuten. Kocher hat unterschiedliche Methoden der Bevorzugung unter die Lupe genommen:

Die einfache Differenzierungsklausel.

Diese gesteht bestimmte tarifliche Leistungen nur Gewerkschaftsmitgliedern zu. Hier hält das niedersächsische Landesarbeitsgericht Leistungen in Höhe ungefähr des Doppelten eines Jahresgewerkschaftsbeitrags für zulässig. Die Juristin stimmt dem zu. Die Grenze liege erst dort, „wo die ökonomischen Nachteile so groß werden, dass sie für einen vernünftigen Arbeitnehmer die politische oder persönliche Präferenz gegen eine Mitgliedschaft nicht mehr rechtfertigen“. Bevorzugen von Gewerkschaftsmitgliedern bei Kündigungen und Einstellungen stellen jedoch solch einen faktischen Zwang dar, so Kocher.

„Der Eintrittsdruck, der von ihnen ausgeht, ist mit der negativen Koalitionsfreiheit nicht mehr zu vereinbaren.“

Die Tarifausschlussklausel. Sie geht über die einfache Differenzierungsklausel hinaus. Nicht nur erhalten gewerkschaftlich organisierte Zusatzleistungen, auch wird Arbeitgebern explizit verboten, sie an Nichtmitglieder weiterzugeben.

Das BAG hatte 1967 noch geurteilt, die gleiche Behandlung von Organisierten und Außenseitern sei in vielen Fällen „eine zwingende und unternehmerische Notwendigkeit geworden“. Diese Einschätzung gelte inzwischen nicht mehr, so Kocher: „Von zwingenden Notwendigkeiten kann heute angesichts zunehmend ausdifferenzierter und individualisierter (Leistungs-)Entgelte keine Rede mehr sein.“

*Quelle: Eva Kocher: Differenzierungsklauseln in der Praxis, Vortrag bei der 8. Jahrestagung der Neuen Zeitschrift für Arbeitsrecht (NZA), 10. Oktober 2008, erscheint in einer überarbeiteten Fassung voraussichtlich in der NZA 3/2009

Beitrag aus Böckler impuls 2/2009



Zu: DUZ-Aktion der GdP, DP 1/09, Leserbrief des Kollegen Fred Bachmann, DP 2/09

Zur vor Kurzem durchgeführten DUZ-Aktion möchte ich noch etwas anmerken:

DASS entschieden wurde, den DUZ zumindest mal zu erhöhen, ist ja schon ein Teilerfolg. Dass sich diese Erhöhung spürbar und deutlich verwirklicht, bezweifle ich dagegen jetzt einfach mal aus der Erfahrung der Vergangenheit (5 Euro netto wären einfach zu schön). Dennoch lasse ich mich gerne positiv überraschen.

Dort geht es um den zu berücksichtigenden Zeitraum des DUZ bzw. der Schreibung bis zum Dienstende nach einer Nachtschicht.

Was mich schon lange beschäftigt und ich nie verstehen werde: Wieso bekommen wir in Stunden, in denen sowohl Nacht- als auch Sonntags-DUZ anfallen würde, nur immer das höhere (also die 2,80 Euro für den Sonntag).

Dies wäre z. B. in einer Samstag Nachtschicht ab 24 Uhr der Fall – die Kollegen haben Nachtschicht wie sonst immer und arbeiten auch an einem Sonntag, aber gezahlt wird NUR der Sonntagszuschlag und nicht beides (1,28 + 2,80 Euro).

Ich kenne kein Unternehmen oder keine Behörde, wo das so gehandhabt wird bzw. die Arbeitnehmer so vergaukelt werden. Selbst im öffentlichen Dienst (z. B. im Krankenhaus) ist es so, dass an Sonntags-Nachtstunden beide Zuschläge gezahlt werden.

Hier sollte man vielleicht auch einmal darauf hinwirken, dass dies geändert wird!

Martin Riembauer, Ingolstadt

Zu: Lesermeinung Berufung, Beruf oder Job?, DP 2/09

War ein großartiger Artikel des Berliner Kollegen. Er sprach mir so aus der Seele. Für mich war es Berufung Polizist zu werden.

IN EIGENER SACHE:

GdP-BHW-Kreditkarte

Seit über 17 Jahren hat es eine Kreditkarte mit dem GdP-Stern gegeben. Zunächst in Zusammenarbeit mit der Deutschen Direktbank und seit 10 Jahren mit der BHW-Bank.

Durch den Verkauf der BHW-Bank an die Postbank, diese hat das Kreditkartengeschäft an die Landesbank Berlin verkauft, würden sich die Konditionen für die GdP-Mitglieder wesentlich ändern.

Das Angebot der Landesbank Berlin beläuft sich auf 44 Euro für das Kartendoppel und weitere 22 Euro für die Partnerkarten.

Dem gegenüber steht lediglich eine 2-%ige Tankvergütung bis maximal 50 Euro.

Nach Abwägung des für die GdP unattraktiven Angebots hat sich der GBV entschlossen, bis auf Weiteres auf eine Kooperation im Kreditkartengeschäft zu verzichten.

Die betroffenen Kreditkarteninhaber werden – nach heutigem Kenntnisstand – durch die Landesbank Berlin direkt informiert.

Joachim Kranz

Wie als Kind: „Bürgern helfen und Verbrecher fangen“. Aber was ist mittlerweile daraus geworden. Frust überall, unzufriedene Kollegen und die Kameradschaft gibt es so gut wie gar nicht mehr. Jeder kocht sein eigenes Süppchen, oder? Der Dienstherr steht kurz vor seinem Ziel nach dem Motto: „Wenn Du sie nicht motivieren kannst, dann verwirre sie.“

Wir müssen endlich wieder an einem Strang ziehen. Und da muss man auch die Führung zu Recht kritisieren. Tretet wieder mal nach oben und nicht nur nach unten. Vor allem der Streifen dienst wird mit Füßen getreten. Dies alles musste ich selbst schmerzhaft (gesundheitlich) erfahren.

Aber auch hier Kritik von mir an den Gewerkschaften. Natürlich brauchen wir Euch, aber zieht bitte auch gemeinsam an einem Strang. Dies vermisse ich zurzeit. Gerade jetzt, wo es darauf ankommt während der Tarifverhandlungen. Nur in der Gemeinschaft sind wir doch stark!

Ein Appell an alle Kollegen. Ich verstehe zwar eure Resignation, aber wenn wir jetzt nicht kämpfen, gehen wir vollends unter.

Michael Hermann, Hoffenheim

Wie viel Sicherheit will Europa sich in der Finanzkrise noch leisten?

Vor einigen Wochen erreichte mich ein Schreiben der Kollegen der Polizeigewerkschaft in Lettland. Die Kollegen baten darum, zu prüfen, ob es denn mit rechten Dingen zugehe, wenn ihre Regierung ihnen mit Verweis auf Vorgaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) verkünde, die Gehälter nicht nur in der Polizei, sondern im gesamten öffentlichen Dienst um bis zu 20 % zu kürzen.

punkt hatten sie entschiedene Investitionen in die Polizei gefordert, die sonst der steigenden Kriminalität nicht mehr Herr werden könne. Die Einschätzung aus Lettland wurde auf der von Kolleginnen und Kollegen aus Litauen, Bulgarien und Rumänien geteilt: Mangelndes Personal, schlechte Ausstattung, schlechte Bezahlung und ein bestenfalls mittelmäßiges Ansehen in der Öffentlichkeit hatten auch

Sicherheit und des Rechts angebunden sind.

Werden diese Staaten zukünftig in der Lage sein, ihre Verantwortung für die geteilte innere Sicherheit in Europa wahrnehmen zu können? Sicher, mit Blick auf die formalen Kriterien des Schengener Abkommens und die Grenzkontrollen mag das so sein. Kriminalitätsbekämpfung darf aber nicht nur an den Außengrenzen stattfinden. Ohne eine auch in der Fläche funktionierende Polizei sind alle Bemühungen der EU zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf Sand gebaut. Wie weit kann man sparen, bis eine Institution dauerhaft Schaden nimmt?

Der IWF argumentiert, dass die harten Einschnitte in öffentliche Haushalte erforderlich sind, um zusätzliche Lasten für kommende Generationen durch eine hohe Verschuldung zu verhindern. Doch wer bezahlt am Ende die Hypotheken in Form von steigender Kriminalität und Korruption? Es ist sicher richtig, dass eine steigende Schuldenlast die Handlungsfähigkeit des Staates einschränkt. Auch steigende Kriminalitätsraten wirken mittelfristig wie Gift auf die Wirtschaft. Ohne

einen starken öffentlichen Dienst wird der Unterwanderung staatlicher Institutionen durch die organisierte Kriminalität Tür und Tor geöffnet.

Ich konnte mich anlässlich eines Besuches in Rumänien Anfang Februar wieder einmal davon überzeugen, wie dramatisch die Lage ist: Nicht nur ein dramatischer Personalmangel lähmt die Polizei zunehmend. Es fehlt an den einfachsten Dingen: Papier, Büromaterialien und Benzin für die Fahrzeuge. Wie lange sind Mitgliedsstaaten, die ihren öffentlichen Dienst mutwillig zerstören, tragbar, für eine eng miteinander verflochtene und in allen Bereichen voneinander abhängige Gemeinschaft?

Heinz Kiefer



Der Präsident von EuroCOP, Heinz Kiefer

Foto: EuroCoOP

Leider handelte es sich nicht um einen Druckfehler, musste ich bald darauf feststellen. Einige kurze Recherchen ergaben, dass der IWF an die Zusage für Notkredite tatsächlich die Bedingung geknüpft hatte, die Ausgaben im Staatshaushalt um 20 % zu kürzen. Ziel der im Einvernehmen mit der Regierung getroffenen Sparmaßnahmen sei, die Begrenzung des Staatsdefizits auf 5 % in 2010. Nur so, so der IWF, ließe sich die Chance für Lettland wahren bis 2012 noch den Euro als Währung einführen zu können.

Bereits im November letzten Jahres hatten die lettischen Kollegen auf der Herbsttagung des EuroCOP-Komitees auf die Gefahr steigender Kriminalitätsraten hingewiesen. Bereits zu diesem Zeit-

punkt bereits in den vergangenen Jahren zu großen Schwierigkeiten bei der Kriminalitätsbekämpfung und nicht zuletzt bei der Anwerbung neuen Personals geführt.

Bisher hat EuroCOP verstärkte Anstrengungen zur Verbesserung der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen in der Polizei gefordert. Nicht zuletzt auch, um der organisierten Kriminalität und Korruption wirksam entgegenzutreten zu können. Angesichts der Finanzkrise sehen wir uns einem völlig neuen Szenario gegenüber: einem massiven Stellenabbau bei der der Polizei und einer massiven Verschlechterung der Arbeitsbedingungen bei der Polizei in europäischen Staaten, die über das Schengener Abkommen an den gemeinsamen Raum der Freiheit, der





Vorbereitungen für NATO-Gipfel laufen auf Hochtouren

Mit einem Doppelgipfel in Kehl und Straßburg feiert die Nordatlantikvertrag-Organisation (NATO) Anfang April ihr 60-jähriges Bestehen. Höhepunkt des Treffens, zu dem auch der neue amerikanische Präsident Barack Obama erwartet wird, ist der vollständige Wiedereintritt Frankreichs in die NATO, der mit einer Begegnung des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy und den Spitzen der Bündnisstaaten unter Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel auf der Mitte der „Passerelle des deux Rives“ symbolisiert werden soll, einer Fußgängerbrücke, die seit der deutsch-französischen Landesgartenschau im Jahr 2004 die Ufer Deutschlands und Frankreichs über dem Rhein bei Kehl verbindet. Das politische und organisatorische Großereignis stellt auch die Polizei vor neue Herausforderungen.

Bernhard Rotzinger, Leitender Kriminaldirektor und Leiter der Landespolizeidirektion Freiburg geht mit Superlativen

digungsminister mitsamt ihren Delegationen, oft in Bataillonsstärke, liegt ebenso in seinen Händen wie die Erwartung seiner

Nicht nur das politische Protokoll und die Sicherheitsbehörden, auch die Gipfel-Gegner laufen sich warm. Unter dem Motto „60 Jahre NATO sind 60 Jahre zuviel“ plant die friedens- und globalisierungskritische Bewegung, den Gipfelgästen die Feierlaune zu verderben und hat bereits die Demonstrationsanmeldungs-Maschine angeworfen. So plant das Bündnis einen Gegenkongress am 3. und 5. April in Straßburg. Für den 4. April wollen die NATO-Gegner mit einer Großdemonstration in Straßburg sowie Blockaden bei den Feierlichkeiten in Baden-Baden auf sich aufmerksam machen. Zeitgleich zu den Protesten im Elsass sind zudem internationale Demonstrationen geplant, unter anderem in New York und Istanbul. Da



Treffen in Freiburg: (v.l.) Harald Baltinger, GdP-Kreisgruppenvorsitzender LPD Freiburg, Polizeioberkommissarin Sabrina Krenzler, Hans-Jürgen Kirstein, stv. GdP-Landesvorsitzender, Konrad Freiberg, GdP-Bundesvorsitzender, Bernhard Rotzinger, Leitender Kriminaldirektor und Leiter der Landespolizeidirektion Freiburg, Jörg Radek, im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand zuständig für polizeiliche Großlagen, und Rüdiger Seidenspinner, stv. GdP-Landesvorsitzender.
Foto: Rüdiger Holecek

sparsam um. Vom „größten Polizeieinsatz aller Zeiten“ will er nichts hören. Aus dem beschaulichen Städtchen Freiburg wird er die BAO „Atlantik“ leiten, die sich über einen Einsatzraum von 250 Kilometern in der Länge und 50 Kilometern in der Breite erstreckt und jeweils fast 100 Kilometer von den beiden deutschen Hauptschauplätzen Kehl und Baden-Baden entfernt liegt. 14.000 Einsatzkräfte werden von ihm wissen wollen, was sie zu tun haben und natürlich auch, wo sie schlafen und was es zu Essen gibt.

Die Sicherheit von 26 Staats- und Regierungschefs, Außen- und Vertei-

Landsleute auf ihm lastet, von dem ganzen Rummel möglichst nicht gestört zu werden. Kein geringer Teil der Einwohnerschaft aus insgesamt neun Bundesländern erwartet zudem, möglichst ungehindert in dieser Zeit Richtung Süden in die Ferien fahren zu können, ein großer Freizeitpark öffnet an dem Gipfel-Wochenende nach der Winterpause seine Pforte.

wollen die Neonazis natürlich nicht abseits stehen und haben vorsorglich für den 4. April in Baden-Baden eine Veranstaltung angemeldet und Rätselfragen ausgelöst, denn zu diesem Zeitpunkt ist die Polit-Prominenz dort jedenfalls nicht zu finden, sondern bei den offiziellen Feierlichkeiten im „Palais de la Musique et de Congress“ in Straßburg, wo sich Tausende Journalisten



NATO-GIPFEL



Die „Passerelle des deux Rives“ wurde vom Pariser Architekten Marc Mimram als wesentliches Element der Landesgartenschau Kehl-Strasbourg im Jahr 2004 erbaut und dient als Symbol der deutsch-französischen Freundschaft am Oberrhein, neues Wahrzeichen für die Städte Kehl und Strasbourg. Verbunden werden die deutsche und französische Parkhälfte mit der eleganten Doppelbrücke, die Spaziergängern und Radlern unbeeinträchtigt vom motorisierten Verkehr eine dauerhafte Möglichkeit der Rheinquerung bietet.

Foto: Marco Kröner/pixelio.de – Info: Regierungspräsidium Freiburg

aus aller Welt angemeldet haben – allein für die ARD sollen sich 1.300 Mitarbeiter auf den Weg machen.

Wenn der Welt-Finanzgipfels in London zu Ende gegangen ist, wo die Staats- und Regierungschefs eine neue Ordnung der Finanzmärkte beraten werden, treffen sie am 2. April in Baden-Baden ein. Jeweils die Hälfte der Delegationen wird verteilt auf der deutschen und der französischen Seite des Rheins ihre Hotels beziehen. Am Freitag, 3. April 2008, beginnt morgens in Ba-

den-Baden das Programm mit einem Empfang der privaten amerikanischen Stiftung zur Förderung der transatlantischen Beziehungen „German Marshall Fund“, dem am Nachmittag ein Empfang der Bundeskanzlerin folgt, abgerundet von einem gemeinsamen Abendessen im Festspielhaus. Am Samstagmorgen, 4. April, wird die symbolische Begegnung auf der Fußgängerbrücke in Kehl inszeniert, der eigentliche Gipfel im Straßburger Kongresszentrum kann beginnen, dauert aber nicht lange, weil die Abreise für 15 Uhr geplant ist. >



Politische Großereignisse dieses Kalibers haben etwas von Weihnachten: wochenlange Vorbereitungen und in wenigen Stunden ist der Braten gegessen, sind die Pakete ausgepackt.

So läuft seit Wochen die polizeiliche Logistik für diesen Einsatz – nahezu lautlos und mit badischer Gründlichkeit. Davon überzeugte sich der Geschäftsführende Bundesvorstand der Gewerkschaft der Polizei und der GdP-Landesvorstand Baden-Württemberg im Einsatzstab der Landespolizeidirektion Freiburg.

Die kniffligste Frage, so Bernhard Rotzinger, lautete: Wie kommen die Festteilnehmer, die geladenen, die ungeladenen

täglich bis zu 5.000 Schnitzel. In enger Zusammenarbeit mit den Personalräten und dem Landesbezirk Baden-Württemberg der Gewerkschaft der Polizei werden dienstliche und soziale Regelungen abgestimmt. Rüdiger Seidenspinner, stellv. GdP-Landesvorsitzender: „Wir haben uns bei den Vorbereitungen davon überzeugen können, dass die von der GdP entwickelten Standards für die Unterbringung und Versorgung der Kolleginnen und Kollegen nicht nur eingehalten, sondern in weiten Teilen auch übertroffen werden.“ Jörg Radek, im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand zuständig für polizeiliche Großlagen: „Auch die Gewerkschaft der Polizei wird den Einsatz begleiten und mit

GdP-Personalräten und Funktionsträgern aus allen Bundesländern den Kolleginnen und Kollegen bei sozialen, dienstrechtlichen und persönlichen Fragen und Problemen zur Seite stehen.“

GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg: „Wir begrüßen, dass viele Konsequenzen aus den Erfahrungen des



Im Baden-Badener Kurhaus speisen die hochkarätigen Gipfel-Gäste.
Foto: Thomas Heinz/pixelio.de

und die dienstlich Verpflichteten in welcher Zeit von A nach B, wenn überhaupt?

„X plus 60 Minuten“ lautet die Faustregel, mit der die Quartiermacher der „BAO Atlantik“ seit Wochen in der Region unterwegs sind, um die erwarteten 14.000 Einsatzkräfte aus dem ganzen Bundesgebiet unterzubringen. Rund 17.000 Betten haben sie bereits frisch bezogen und die stehen in polizeieigenen Häusern und Jugendherbergen, aber auch in Sterne-Hotels und beschaulichen Gasthöfen, Frühstück und eine warme Mahlzeit inklusive. Ein Konjunkturprogramm außer der Reihe für die Gastronomie der Region die übrigens für ihre Küche berühmt ist.

Die Bereitschaftspolizei in Lahr organisiert drei Verpflegungspunkte, an denen man sich schon jetzt auf den Ansturm vorbereitet. Die Kolleginnen und Kollegen werden sehr früh ihre Unterkünfte verlassen und spät heimkommen. Den Hunger zwischendurch sollen 50.000 Lunchpakete stillen. Unter den Stallbewohnern der umliegenden Bauernhöfe herrscht bereits eine Stimmung wie auf einer Gänsefarm kurz vor St. Martin: Allein die Polizei braucht

G8-Gipfels in Heiligendamf gezogen worden sind. Nun muss darauf gedrungen werden, dass der Polizei in Deutschland zu diesem Großeinsatz der Rücken freigehalten wird.“ Die Gewerkschaft der Polizei forderte daher eine Absage anderer sicherheitsrelevanter Veranstaltungen wie Fußballspiele und Versammlungen extremistischer Organisationen für die Einsatztage. Freiberg: „Für den Schutz der zahlreichen, hochkarätigen Staatsgäste, muss die Polizei eine Herkules-Aufgabe bewältigen. Es ist nicht zu verantworten, wenn zwingend benötigte Kräfte zu Nebenschauplätzen wie Fußballstadien oder Marktplätzen abgestellt werden müssten.“

Die GdP-Delegation zeigt sich nach dem ausführlichen Gespräch mit der Einsatzleitung in Freiburg überzeugt, dass alles getan wurde, um den Großeinsatz erfolgreich zu bewältigen. Bleibt nur die Frage, wie es mit der Kommunikation klappen wird. Denn man weiß: Die Baden-Württemberger können alles, außer Hochdeutsch.

hol.

Gemeinsame Sitzung des BFA „BePo“ mit dem Bundesjugendvorstand

Am 3. und 4. Februar diesen Jahres trafen sich der Bundesfachausschuss (BFA) „Bereitschaftspolizei“ sowie der Geschäftsführende Bundesvorstand der Jungen Gruppe in Kassel zu einer gemeinsamen Sitzung, in deren Rahmen die Belastungen der jüngeren Kolleginnen und Kollegen in den geschlossenen Einheiten der Polizei thematisiert werden sollten.

Wenngleich das Problem, das die Junge Gruppe mit dem BFA „BePo“ besprechen wollte, für den letztgenannten Ausschuss alles andere als neu war, kamen dennoch neue Erkenntnisse zu Tage, die in dieser Weise von den „älteren“ Kolleginnen und Kollegen bislang noch nicht diskutiert wurden.

Der Bundesvorsitzende der Jungen Gruppe, Sascha Göritz, malte zunächst das allseits bekannte Szenario der permanenten Wochenendeinsätze an die Wand, stellte fortführend fest, dass das kulturelle und sozial übergreifende Leben – zumindest auf dem Land – nach wie vor noch am Wochenende stattfindet, beginnend am Freitagabend bis zur gleichen Zeit des darauffolgenden Sonntags. Jetzt fragte sich der GdP-Jugendvertreter, wie es denn zwei jungen Menschen möglich sein soll, sich in genau dieser Zeitspanne zu treffen, um sich kennenzulernen, um sich näher zu kommen, um vielleicht sogar ein Paar zu werden. Das geht in der Tat nur, wenn sich die potentiellen Partner auch tatsächlich begegnen. Eine solche Begegnung ist allerdings unwahrscheinlich, wenn sich mindestens ein Teil des „theoretischen“ Paares mit regelmäßiger Wahrscheinlichkeit am Wochenende in irgendeinem Stadion der ersten, zweiten oder mittlerweile sogar dritten Fußballbundesliga tummelt, um dort Menschen, die sich als Fans ausgeben, aber in Wirklichkeit asoziale Straftäter sind, im Zaum zu halten.





Jedes Wochenende Demonstrationen absichern, Fußballereinsätze, Großlagen ...
Foto: Gero Breloer/dpa

Gänzlich ausgeschlossen ist das zufällige Happening bei Einsatzplanungen, wie sie in manchen Ländern durchgeführt werden, nämlich dann, wenn das planmäßig freie Wochenende des Monats zum zügsten Male hintereinander ausgefallen ist.

Man könnte jetzt natürlich folgern, dass sich viele Partnerschaften gerade deshalb ergeben haben, weil sich junge Menschen im Beruf, also auch im Polizeiberuf und vielleicht sogar während eines Einsatzes gegen Fußball-Hooligans, getroffen haben. Wenngleich solche glücklichen Momente durchaus schon bekannt geworden

sind, sollte doch dafür Sorge getragen werden, dass unseren Kolleginnen und Kollegen, die noch nicht vergeben sind, zumindest die gleichen Chancen zur Verfügung stehen, wie sie nahezu jedem anderen Menschen mit nahezu jedem anderen Beruf auch gegeben sind.

Dieser Gedanke kann nahezu beliebig in weitere Lebensphasen hinein transportiert werden. Während die vorstehenden Überlegungen denen galten, die sich noch nicht kennengelernt haben, sollte ein noch viel größeres Augenmerk auf diejenigen gelegt werden, die bereits über die ersten

Wegen der Glückseligkeit hinweg gesurft sind und sich dabei finden, eine eben begonnene Partnerschaft zu festigen. In dieser sozial labilen Bindungssituation sind häufige Trennungen, gerade an den für die Gemeinschaftsbildung wichtigen Wochenendtagen besonders gefährlich. Das Warum und Wieso muss an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt werden, da sicher jeder Leser über die eine oder andere Trennungserfahrung berichten kann.

Die dritte Phase, in der permanente Wochenendvakanzen nachteilig wirken, sind die Partnerschaften, die im Prinzip bestehen, aber aus welchen Gründen auch immer, einer besonders intensiven Pflege der Bindung bedürfen. An dieser Stelle kann sich – sollte es zum Bruch einer solchen Partnerschaft kommen – der permanente Wochenenddienst in seiner vollständigen sozialschädlichen Wirkung sogar auf Dritte, nämlich z. B. auf Kinder einer zusammenbrechenden Ehe, auswirken.

Der Bundesfachausschuss Bereitschaftspolizei wird sich der Thematik – nicht nur aus den vorstehenden Gründen – annehmen und ihr in dem „Positionspapier Bereitschaftspolizei“, das derzeit entsteht, einen exponierten Platz einräumen. Darüber hinaus wird die Problematik bei zahlreichen Gesprächen und Veranstaltungen immer im Fokus der GdP-Arbeit stehen. Ziel muss es sein, mindestens ein verlässlich freies Wochenende im Monat zu erreichen und darüber hinaus auf den weiteren Abbau der verbleibenden Einsatzwochenenden zu drängen. *hjm*

Bessere Erkennbarkeit von Funkstreifenwagen

Die Verbesserung der Sicherheit unserer Kolleginnen und Kollegen ist ein wichtiges und ständiges Anliegen gewerkschaftlicher Arbeit. Insbesondere nach der Häufung von tödlichen Angriffen auf mehrere Polizeibeamtinnen und -beamte im Jahr 2000 reagierte die Politik mit einem Bündel an Maßnahmen, die zu einer Verbesserung der Sicherheit der Polizeibeamtinnen und -beamten führen sollten.

Die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren des Bundes und der Länder (IMK) sowie die GdP entschlossen sich unter anderem, zur Verbesserung des Schutzes der Beamtinnen und Beamten ein wissenschaftliches Projekt¹ finanziell zu unterstützen, das einen Beitrag zur Fortentwicklung des polizeilichen Handelns liefern sollte, um auf diese Weise den Schutz der Beamtinnen und Beamten zu verbessern.

Innerhalb dieses Projektes wurde die damalige Polizeiführungsakademie (PFA) – jetzt Hochschule der Polizei – mit einem Projekt zur Verbesserung der Erkennbarkeit von Funkstreifenwagen (Fustw) beauftragt. Nach der Vorstellung der Projektergebnisse Anfang 2002 vor dem Arbeitskreis II „Innere Sicherheit“ der IMK wurden diese aber nicht weiter verfolgt.

Nach einigen „Schnellschüssen“ des Bundes² und des Bundeslandes Bayern³ ist die Problematik erst wieder in der Sitzung des AK II am 24./25. Oktober 2007 in Plön durch Sachsen-Anhalt aufgegriffen worden. Leider konnten sich hier die Bundesländer nicht auf eine einheitliche Verfahrensweise verständigen.

Die GdP Sachsen-Anhalt unternimmt deshalb einen erneuten Vorstoß in dieser Sache und hat in einer Studie Vorschläge zur Verbesserung der Erkennbarkeit von Funkstreifenwagen unterbreitet, um die Verantwortlichen weiter in die Pflicht zu nehmen.

Ein wesentliches Element der Erkennbarkeit von Fustw ist die Kontrastfarbgebung. Von der ursprünglichen grün-weißen Kontrastlackierung sind der Bund und die Länder mittlerweile mit den unterschiedlichsten Begründungen abgewichen. Zum einen ist die Verwendung einer Metallic-Lackierung in einem hellen Silber ein Zugeständnis an die Anbieter von Leasingfahrzeugen, die damit den Wiederverkaufswert deutlich erhöhen. Zum anderen sind eine Reihe von Bundesländern dazu übergegangen, Fustw mit einer blauen Farbgebung zu beschaffen. Damit soll offensichtlich die Einheit von blauer Uniform und Fustw hergestellt werden und wird außerdem mit dem Verweis auf die „europäische Polizeifarbe blau“ begründet. Tatsächlich verwenden nur (noch) wenige europäische Länder kein blau für ihre Fustw.

Verbesserung der Kontrastfarbgebung

Die Vorschläge der GdP Sachsen-Anhalt sehen folgendes vor: Grundsätzlich sollten Fustw mit einer weißen Grundfarbe und einer blauen Kontrastfarbe (RAL 5017) verwendet werden. Um den Kontrast deutlich zu verstärken, sollten diese Farben mit einer weiteren Farbe kombiniert werden. Damit soll auch bei der Verwendung einer silbernen Grundfarbe ein höherer Kontrast erzielt werden.

Die Verfasser der Studie (PHK Axel Vösterling und EPHK Uwe Petermann) schlagen als weitere Farbe Leuchtgelb (RAL 1026),



AUSSTATTUNG



Vorschlag einer gut sichtbaren, eindeutigen und bundesweit einheitlichen Kenntlichmachung von Fustw

als fluoreszierende Tagesleuchtfarbe bzw. in einer kombinierten fluoreszierenden und reflektierenden Folie vor. Schon bei Tageslicht leuchtet diese Farbe außerordentlich hervor. Die Leuchtwirkung wird durch Anregung mit UV-Licht verstärkt, sodass von dieser eine hohe Signalwirkung ausgeht.

Die fluoreszierende und retroreflektierende Folie in Leuchtgelb ist bereits seit

mehreren Jahren in Großbritannien und Skandinavien im Einsatz. Diverse Studien in diesen Ländern haben ergeben, dass der Gelb/Blau-Kontrast eine besonders starke Fernwirkung besitzt und damit die Verkehrssicherheit unterstützt.

Eine Markierung im Sinne des § 35 StVO nach DIN 30710 (rot-weiße KFZ-Warnmarkierung) halten die Verfasser für wenig zielführend, da hier die Verwechslung mit anderen Fahrzeugen möglich erscheint und eine ausschließliche Farbgebung für Polizeifahrzeuge verhindert wird.

Die Verfasser schlagen vor, dass an den Seiten eine konturenangepasste nicht reflektierende Folie unterhalb der Verglasung in einer Mindesthöhe (im Bereich der Türen) von 250 mm angebracht wird. Auf dem gesamten oberen und unteren Rand dieser Folien, ca. 5 mm eingerückt, sind retroreflektierende Streifen in der Farbe Leuchtgelb mit starker Reflektionswirkung anzubringen. Die Höhe der retroreflektierenden Folien soll je nach Fahrzeuggegebenheiten 30, 40 oder 50 mm betragen. Im Bereich der Kotflügel vorn und hinten sind je vier Längsstreifen, im Winkel von 60° in gleicher Farbe anzubringen. Die Streifen sind in doppelter Breite der verwendeten Querstreifen auszuführen.

Im Mittelteil der Folien befindet sich auf jeder Seite einmal der Schriftzug „POLIZEI“ fahrzeug angepasst, möglichst in Fahrzeugmitte ebenfalls in weiß retroreflek-

tierend nach ECE 104; Schrifthöhe 140 mm oder 155 mm; Schriftart: Arial, Versalschrift.

Der seitliche Streifen einschließlich der retroreflektierenden Folien ist möglichst auf der Fahrzeugrückseite fortzusetzen. Falls das nicht möglich ist, kann eine fahrzeugangepasste Lösung gewählt werden.

Im Frontbereich ist eine großflächige Folienbeklebung unter Verwendung eines eingerückten Streifen in einer nicht reflektierenden Tagesleuchtfarbe Gelb anzubringen. Der Streifen ist in gleicher Breite wie die Längsstreifen auszuführen.

Zusätzlich schlagen die Verfasser der Studie die Einführung eines weiteren akustischen Signals (Yelp) und die Verwendung einer verbesserten Sondersignalanlage u.a. mit einem nach vorn gerichteten Anhaltesignalgeber vor, um die Erkennbarkeit von

Magdeburger Design (Entwurf)



Die Grundelemente

Funkstreifenwagen und die Sicherheit beim Anhalten von Fahrzeugen deutlich zu verbessern.

Im weiteren erwarten die Verfasser, dass die IMK sich wieder mit der Problematik befasst. Es ist nicht zu verstehen, dass es im Bund und in den Ländern keine einheitliche Farbgebung für Fustw mehr gibt und stattdessen verschiedene Farben verwendet werden. Zukünftig sollte wieder ein Beschluss der IMK vom Bund und den Ländern umgesetzt werden, um ein einheitliches Erscheinungsbild zu gewährleisten.

Weitere Informationen zur Problematik sind über den Landesbezirk Sachsen-Anhalt zu bekommen:

www.gdp.de/SachsenAnhalt

Uwe Petermann

Fußnoten

- 1 Studie über Gewalt gegen Polizeibeamtinnen/-beamte durch das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen, finanziert von der GdP und der IMK.
- 2 Pressemitteilung BMI vom 30. Aug 05, Schily und Stolpe: Neues Anhaltesignal der Polizei macht den Straßenverkehr noch sicherer
- 3 Pressemitteilung Nr. 334/03, München, 14. Juli 2003: Polizei erprobt neue Technik für Signalanlagen an Streifenwagen – Regensburger stellt roten Strahler und akustisches Anhalte-Signal vor.



Gute Sichtbarkeit bei Dunkelheit durch fluoreszierende und retroreflektierende Folie in Leuchtgelb. Fotos: Fa. Intax







Grundsatzentscheidung im Umgang mit Patientenverfügungen im polizeilichen Aufgabenvollzug

Gegenstand der Grundsatzentscheidung ist eine durch zwei Polizeivollzugsbeamte erfolgreich durchgeführte Reanimation einer nicht ansprechbaren Person.

Während der laufenden Reanimationsmaßnahme trat eine Angehörige an die eingesetzten Beamten heran und teilte ihnen mit, dass die nicht ansprechbare Person eine Patientenverfügung erlassen habe, in der verbrieft sei, dass im Falle eines Ablebens keine Reanimationsmaßnahmen durchgeführt werden sollen.

Nach derzeitigem Kenntnisstand wird die betroffene Person ein Vollpflegefall bleiben.

Die Angehörigen der erfolgreich wiederbelebten Person lassen sich juristisch vertreten und haben neben der eingereichten Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die eingesetzten Polizeivollzugsbeamten eine Schadensersatzforderung an das Land Schleswig-Holstein gestellt.

Da die inhaltliche Ausgestaltung und der Umgang mit einer Patientenverfügung juristisch und politisch sehr kontrovers diskutiert werden, wurde seitens des LPA eine Grundsatzentscheidung des Innenministeriums IV 41 erbeten, die zur Schaffung von Rechtssicherheit im Umgang mit gleich gelagerten Sachverhalten beitragen soll.

Kristin Schiffner, Landespolizeiamt Schleswig-Holstein

– Dienstaufsichtsbeschwerde gegen zwei Vollzugsbea. des 3. Polizeireviere HL; dortige Bitte um Grundsatzentscheidung v. 14.1.09 –

„Zu der heute hier eingegangenen Grundsatzfrage, welche Bedeutung vorhandene, den Polizeibeamten inhaltlich bekannte oder von Dritten behauptete Patientenverfügungen für die polizeilichen Entschließungen und Maßnahmen nach Gefahrenrecht entfalten, nehme ich gern Stellung:

Keine!

Patientenverfügungen haben spezifische Intentionen und spezifische Adressaten: Sie wollen ärztliche Behandlungen ausschließen oder beschränken, und sie richten sich an den Arzt, evtl. noch an dessen seinem Direktionsrecht unterworfenen

ärztliche Hilfskräfte wie Krankenschwestern, -pfleger, Rettungsassistenten usw. Dies leitet sich aus dem Wortbestandteil „Patienten“ in Patientenverfügung ab. Nur den genannten Berufsgruppen tritt man als „Patient“ gegenüber. Einem Polizeibeamten tritt man nicht als „Patient“ gegenüber, Polizei übt keinen Heilberuf aus. Schon von daher kommt einer Patientenverfügung offenkundig keine polizeiliche Entschließungen und Maßnahmen limitierende Bedeutung zu.

Hinzu treten weitere, dieses Ergebnis stützende Gründe:

Patientenverfügungen intendieren **l e b e n s b e s c h r ä n k e n d e** Willensbekundungen. Wir sind also im Schutzbereich des Lebensgrundrechts. Wer der Beschränkung gemäß handelt, greift durch Unterlassen in Leben ein. Das ist für alle Inhaber von Garantstellungen ein rechtseingreifendes Problem. Alle normativen Rechtseingriffsbefugnisse sind auslegungsmethodisch prinzipiell eng auszulegen, im Zweifel also nicht gegen, sondern für das Recht. Diesen Einwand muss man jenen entgegenhalten, die einer Patientenverfügung über die von mir vertretene und eingangs begründete Wortlautinterpretation hinaus im Wege erweiternder Auslegung eine intendierte breitere Anwendbarkeit zuerkennen möchten.

Patientenverfügungen werden im Rahmen der Privatautonomie in den Rechtsverkehr gegeben, sie binden die Adressaten ärztlicher Heilberufe **p r i v a t r e c h t l i c h**. Polizei handelt zum Lebensschutz nicht privatrechtlich, etwa im Rahmen von Notwehr/Nothilfe, sondern kraft **ö f f e n t l i c h e n** Gefahrenabwehrrechts. Selbst ein vom Rechtsgutinhhaber selbst der Polizei entgegengehaltener Wille, sterben zu wollen (angekündigter Suizid), vermag Polizeibeamte **n i c h t** von ihrer Dienstpflicht, Leben zu schützen, und der diesbezüglichen Garantstellung freizustellen. Im öffentlich-rechtlichen Sinne kann man deshalb sagen, dass Leben **n i c h t d i s p o s i t i v** ist. Ein Polizeibeamter, der sich nicht selbst über den zweifelsfrei erklärten Sterbewunsch hinwegsetzt, obwohl er das Leben retten kann, setzt sich der Strafverfolgung aus!

Wenn dies selbst für den ausdrücklich und zweifelsfrei selbstbestimmt erklärten (was man „in der Situation“ sowieso schwerlich aufklären könnte, aber auch gar nicht muß!) Willen des Rechtsträgers gelten muss, dann erst recht für ein den Polizeibeamten gar nicht vorliegendes (!), hier

siebenseitiges (!), auslegungsbedürftiges (!) Dokument „Patientenverfügung“, von dessen Vorliegen noch dazu ein Dritter (!) in einer extremen Ausnahmesituation, die sofortiges Entschließen und Handeln gebietet (!), nur berichtet, ohne dass die Beamten auch nur irgendetwas prüfen könnten.“

Leopold Fuß



Gewerkschaftswerbung per E-Mail

Eine tarifzuständige Gewerkschaft darf sich an Arbeitnehmer über deren betriebliche E-Mail-Adressen mit Werbung und Informationen wenden. Dies gilt auch, wenn der Arbeitgeber den Gebrauch der E-Mail-Adressen zu privaten Zwecken untersagt hat.

Die Entscheidung einer Gewerkschaft, Arbeitnehmer auf diesem Weg anzusprechen, ist Teil ihrer durch Art. 9 Abs. 3 Satz 1 GG geschützten Betätigungsfreiheit. Soweit dabei Grundrechte des Arbeitgebers berührt werden, sind die kollidierenden Rechtspositionen gegeneinander abzuwägen. Das durch Art. 14 Abs. 1 GG geschützte Eigentumsrecht des Arbeitgebers und sein von Art. 2 Abs. 1 GG erfasstes Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb haben gegenüber der gewerkschaftlichen Betätigungsfreiheit zurückzutreten, solange der E-Mail-Versand nicht zu nennenswerten Betriebsablaufstörungen oder spürbaren, der Gewerkschaft zuzurechnenden wirtschaftlichen Belastungen führt. Auf Persönlichkeitsrechte der Arbeitnehmer kann sich der Arbeitgeber im Rahmen eines deliktischen Unterlassungsanspruchs gegenüber der Gewerkschaft nicht berufen.

Der Erste Senat des Bundesarbeitsgerichts wies deshalb – anders als die Vorinstanzen – die Klage eines Dienstleistungsunternehmens auf dem Gebiet der Informationstechnologie ab, mit der dieses der Gewerkschaft ver.di die Versendung von E-Mails an die betrieblichen E-Mail-Adressen seiner Mitarbeiter untersagen lassen wollte.

Störungen des Betriebsablaufs oder messbare wirtschaftliche Nachteile hatte die Arbeitgeberin nicht vorgetragen. **Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 20. Januar 2009 – 1 AZR 515/08 – Vorinstanz: Hessisches Landesarbeitsgericht, Urteil vom 30. April 2008 – 18 Sa 1724/07 –**

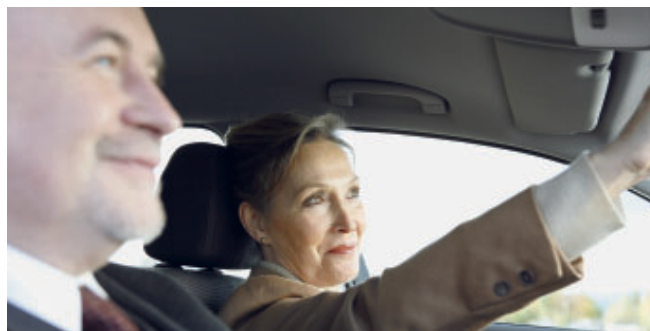


Kein „Fahrtauglichkeits-TÜV“ für Senioren

In Goslar fand vom 28. bis 30. Januar 2009 der 47. Deutsche Verkehrsgerichtstag statt. Wie immer bestimmten vor allem aktuelle praxisbezogene Themen das Treffen der rund 1.600 Verkehrsexperten. In der Vergangenheit sind die verabschiedeten Empfehlungen oft – wenn auch mit Verzögerung – in die Gesetzgebung eingegangen.

In diesem Jahr ging es u. a. um die Frage, ob künftig Atemalkoholanalysen auch im Strafrecht an die Stelle von Blutproben treten sollen. Der Verkehrsgerichtstag hat sich dagegen ausgesprochen, Atemalkoholmessungen auch bei schweren Verkehrsdelikten als Beweismittel zuzulassen. Die Experten vertraten die Ansicht, dass Blutuntersuchungen die genaueren Ergebnisse liefern.

Einen neuen Weg zur Tempoüberwachung sieht der Verkehrsgerichtstag in der so genannten „Section-control“, einer auto-



Senioren: Erfahrung und Vorsicht

Foto: DVR

matisierten Geschwindigkeitsüberwachung auf einem längeren Autobahnabschnitt. Es gibt aber bislang hierfür keine geeignete Rechtsgrundlage. Ein Versuch in einem Bundesland soll die Effektivität des Verfahrens prüfen.

Fraglich ist im Rahmen der neuen (dritten) EU-Führerscheintrichtlinie, ob Senioren sich künftig gesundheitliche Eignungstests gefallen lassen müssen: Der Verkehrsgerichtstag sagte „Nein“ zum Führerschein auf Zeit für ältere Autofahrer. Für ältere Verkehrsteilnehmer würde das bedeuten, dass ihnen künftig nicht, wie von vielen befürchtet, der Führerschein aufgrund des Alters oder körperlicher Gebrechen anlassfrei entzogen werden kann. Es gebe keinen empirisch gesicherten Zusammenhang zwischen Alter, Gesundheitszustand und der Unfallhäufigkeit, erklärte der Verkehrsgerichtstag.

Weitere Themen waren: Radfahrer, die sich nicht an Verkehrsregeln halten, eine Reform des komplizierten Mehrfachtätersystems in Flensburg, die Verbesserung der Durchsetzung rechtlicher Ansprüche von Unfallopfern im Ausland und die verbraucherfreundliche Abkehr vom „Alles-oder-Nichts“-Prinzip bei Versicherungsleistungen.

Deutsche Polizei wird in der kommenden Ausgabe näher berichten.

Peter Schlanstein

Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Seeschifffahrt

Im Arbeitskreis VIII des diesjährigen Verkehrsgerichtstages spielte u. a. das Seearbeitsübereinkommen eine dominierende Rolle. Mit der Annahme dieses Übereinkommens durch die Mitgliedsstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation gelang ein als Durchbruch zu bezeichnender Schritt zur Verbesserung und Sicherstellung einheitlicher Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen von Arbeitnehmern, der auch aus Gewerkschaftssicht zu begrüßen ist.

Die internationale Seeschifffahrt ist immer noch durch höchst unterschiedliche Lebens- und Arbeitsbedingungen für die beschäf-



tigten Seeleute geprägt. Dies führt teilweise zu Sozialdumping, zu Sicherheitsproblemen, die aus unzureichenden Arbeitsbedingungen resultieren, und schließlich zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen.

Das neue Übereinkommen enthält u. a. Bestimmungen über Mindestalter, ärztliche Zeugnisse, Ausbildung und Befähigungen, Beschäftigungsverträge, Heuern, Arbeits- und Ruhezeiten, Jahresurlaub, Heim-schaffung, Unterkünfte und Freizeiteinrichtungen, Verpflegung einschließlich Bedienung, Gesundheitsschutz, medizinische und soziale Betreuung, Regelungen zur Anwerbung und Arbeitsvermittlung und

führt damit eine Vielzahl von Einzelabkommen verbindlich zusammen. Die Einhaltung soll über die bereits bei anderen internationalen Übereinkommen bewährten Besichtigungs-, Zeugnis- und Kontrollmechanismen sichergestellt werden.

Für das völkerrechtliche Inkrafttreten des Seearbeitsübereinkommens bedarf es der Ratifizierung durch 30 Staaten mit einem Anteil von zusammen 33 Prozent der Welthandelstonnage. Diese Schwelle könnte 2010 erreicht sein, wenn zusätzlich zu Liberia, Bahamas und den Marshallinseln auch die EU-Staaten sowie Norwegen und Island ratifiziert haben.

Die Umsetzung in nationales Recht erfolgt über ein Seearbeitsgesetz, welches das aus dem Jahre 1957 stammende Seemannsgesetz ersetzen wird und weitere Auswirkungen auf eine Vielzahl nationaler Verordnungen zum Seeschiffahrtsrecht entfaltet.

Die wesentliche Empfehlung des Arbeitskreises lautet deshalb, dass alle Anstrengungen unternommen werden, damit das Übereinkommen schnellstmöglich völkerrechtlich in Kraft tritt, und dass Deutschland das Übereinkommen spätestens 2010 ratifiziert.

Burkhard Klär

VERKEHR

Zweites GdP-Verkehrsforum

Nachdem die GdP im Jahr 2003 ihr erstes Verkehrsforum durchgeführt hatte, nimmt sie nun Anlauf für eine zweite Veranstaltung zu polizeilichen Verkehrsthemen. In diesem Jahr wird die Verkehrsüberlastung unserer Straßen im Fokus der gewerkschaftspolitischen Betrachtungen stehen.

Thema des 1. Verkehrsforums waren die Fahrerassistenzsysteme und die damit verbundenen Synergien für Komfort einerseits und einem Zugewinn an Verkehrssicherheit andererseits. Betrachtet man sich die Situa-

tion zwischen damals und heute, kann mit Fug und Recht konstatiert werden, dass die seinerzeitigen Versprechungen, die teilweise noch sehr abenteuerlich klangen, im positiven Sinn Wirklichkeit geworden sind und weiter reichen, als es ursprünglich beabsichtigt war.



Ab 2015 Verkehrsinfarkt?

Foto: Frank Leonhardt/dpa

tion zwischen damals und heute, kann mit Fug und Recht konstatiert werden, dass die seinerzeitigen Versprechungen, die teilweise noch sehr abenteuerlich klangen, im positiven Sinn Wirklichkeit geworden sind und weiter reichen, als es ursprünglich beabsichtigt war.

Im 2. GdP-Verkehrsforum soll es um die Zunahme bei den Wirtschaftstransporten auf unseren Straßen gehen. Denn die Wirtschaft hat die altbewährte Logistik aufgegeben und setzt stattdessen auf „Zero-

Stock“ (keine Lagerhaltung) und „just in time“ (Fertigung bzw. Lieferung erst nach Bestellung). Dies führt zu einer Kosteneinsparung bei der verladenden und transportierenden Wirtschaft, aber auch zu einer deutlichen Zunahme des Verkehrs auf unseren Straßen.

Daraus resultiert die statistische Wahrscheinlichkeit, dass die Verkehrsbelastung, die bereits heute auf bestimmten Streckenabschnitten und zu bestimmten Zeiten regelmäßig kollabiert, zu einem beinahe flächendeckenden Verkehrsinfarkt avanciert. Den Vorschlag zufolge soll dieser Zustand bereits ab 2015 eintreten.

Ziel unseres 2. Verkehrsforums soll sein, ein Stück weit darüber aufzuklären, woran eine positive Entwicklung der Verkehrssysteme, insbesondere die mangelhafte Vernetzung untereinander, bislang gescheitert ist, welche Rolle Unternehmen und Politik gespielt haben und welche Chancen bestehen, den Moloch Verkehr zu bändigen.

Hierzu werden Vertreter aus Politik und

Wirtschaft sprechen. Die Teilnehmer werden in mehreren Arbeitskreisen die Gelegenheit haben, aktiv in die gewerkschaftliche Meinungsbildung einzugreifen und abschließend aus einer moderierten Talkrunde von den Hauptakteuren ggf. erfahren, welche Wege die Wirtschaft und die Politik sieht, um den gordischen Knoten durchzuschlagen zu können.

Das GdP-Verkehrsforum II findet am 28./29. April 2009 im Kongresszentrum am Templiner See in Potsdam statt. Die Landesbezirke/Bezirke wurden bereits gebeten, der Geschäftsstelle ihre Teilnehmer zu benennen.

hjm



Checkliste für die polizeiliche Praxis

Wiederholt haben wir in unserer Zeitung die Themen Kindesmisshandlung/-vernachlässigung aufgegriffen. Viele unserer Kolleginnen und Kollegen kommen damit während ihres Dienstes in Berührung. All jenen, die während solcher Einsätze die beweissicheren ersten Maßnahmen vorzunehmen haben, wollen wir mit der nachfolgenden Checkliste ein Instrument an die Hand geben, das ihnen helfen kann, alles Notwendige gegenüber dem Opfer, dem Täter und in Bezug auf den Tatort im Auge zu behalten.

In Berlin ist mit dem LKA 125 unter Leitung von Gina Graichen seit 24 Jahren die bundesweit einzige polizeiliche Fachdienststelle aktiv, die sich ausschließlich mit Delikten gegen Schutzbefohlene befasst. Durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurde auf der Grundlage ihrer langjährigen Erfahrungen eine Checkliste erarbeitet, um Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in der polizeilichen Praxis die bestmöglichen beweissicheren ersten Maßnahmen zu ermöglichen. Die Berliner Checkliste wurde unter Berücksichtigung aktueller Fälle aus ganz Deutschland an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege in Güstrow/Mecklenburg-Vorpommern weiterentwickelt und stößt bei den Kolleginnen und Kollegen des Einzeldienstes und der kriminalpolizeilichen Sachbearbeitung sowohl in Berlin als auch Mecklenburg-Vorpommern auf großes Interesse. Diese Checkliste soll hiermit allen Kolleginnen und Kollegen bundesweit zur Verfügung gestellt werden (zu beachten ist, dass die Dienststellenbezeichnungen aus Mecklenburg-Vorpommern an die jeweilige Aufbauorganisation des eigenen Bundeslandes anzupassen sind).

Checkliste für Polizeibeamte bei der Vernachlässigung und Misshandlung von Kindern

§ 171 StGB – Verletzung der Fürsorge- oder Erziehungspflicht

Diese Norm umfasst die körperliche und psychische Entwicklung von Kindern und Jugendlichen bis 16 Jahre. Nur Personensorgeberechtigte, insbesondere Erziehungsberechtigte, oder Pflegeeltern können Täter sein.

§ 171 StGB ist ein Officialdelikt und von Amts wegen zu verfolgen.

Ein bloßer Bericht an das Jugendamt reicht somit nicht aus.

Erster Angriff

Opfer

Erst Opferversorgung, dann Aufnahme der Ermittlungen!

- Wie ist der Pflege- und Ernährungszustand?
- Entspricht der Entwicklungsstand dem Alter?
- Sind gesundheitliche Schäden erkennbar, wie z. B.
 - Wundsein (ggf. Windel entfernen!),
 - auffällige Hautverschmutzungen (ggf. gesundheitsgefährdend),
 - Verschmutzungen der Finger- und Fußnägel?
- Immer auch alle Geschwister betrachten (Abgleich mit Meldeamtsdaten!).
- Bei angeblich ortsabwesenden Geschwisterkindern ist in jedem Fall unverzüglich eine nachträgliche Inaugenscheinnahme vorzunehmen oder zu veranlassen.
- Zweifeln ist so lange nachzugehen, bis diese definitiv ausgeräumt sind.
- Immer den ganzen entkleideten Körper besichtigen (hierbei immer das Risiko einer Traumatisierung berücksichtigen, ggf. einen Arzt hinzuziehen).

Wohnung

- Sind kindgerechte Nahrungsmittel sowie frische Lebensmittel in der für die Personenzahl entsprechenden Menge vorhanden? Wenn das Argument vorgebracht wird, man wolle gerade einkaufen: Ist entsprechendes Geld vorhanden?
- Existiert eine funktionsfähige Kochmöglichkeit? Prüfen: techn. Defekte, Strom-/Gasabschaltung.
- Existiert eine benutzbare Toilette?
- Sind Hygieneartikel vorhanden, die dem Alter des Kindes entsprechen (z. B. saubere Windeln, funktionsfähige, altersgerechte Zahnbürsten)?
- Ist saubere Wäsche vorhanden, die dem Alter und der Witterung entspricht?

- Sind die Wohnräume beheizt (Raumtemperatur)?
- Besteht ein merklicher Unterschied bei der Raumtemperatur des Kinderzimmers zu den anderen Wohnräumen?
- Zustand des Bettes/des Kinderwagens des Kindes? Ist es/er trocken? Ist es/er verschmutzt (Grad der Verschmutzung)?
- Ist altersgerechtes Spielzeug vorhanden?
- In welchem Zustand befindet sich die Wohnung? Ist sie nur unaufgeräumt oder nimmt die Wiederinstandsetzung mehr als zwei Tage in Anspruch? Genaue Beschreibung des Zustandes (Fotos, Videoaufnahmen), z. B. Schimmel-/Ungezieferbefall, starke Verbreitung von Spinnweben, menschliche/tierische Exkremente u. Ä.
- Gibt es „versteckte besondere Gelasse“ für Kinder, z. B. „Abseiten“, Räume hinter Schränken pp.?

Täter

Die Gefahr der Schädigung der körperlichen und/oder psychischen Entwicklung bedingt durch gröbliche Verletzung der Fürsorge- und Erziehungspflicht, begründet die Täterschaft. Der Täter handelt auch durch Unterlassung.

Maßnahmen:

Opfer/Tatort

- Anschaulicher Beweis (Foto, Video) des Zustandes der Wohnung, der Verletzungen und Verschmutzungen des Kindes/Jugendlichen durch Übersichts- und Detailaufnahmen – durch ZKD (nur Rostock) bzw. der KPI-Bereitschaft),
- Beschreibung des Ernährungszustandes des Kindes,
- Fotografieren des Kindes im Antreffzustand; anschließend Fotografieren des Kindes im vollständig entkleideten Zustand (immer Traumatisierungsrisiken berücksichtigen, ggf. Arzt hinzuziehen oder im Krankenhaus),
- Unterbringung des Kindes (Nicht in der Wohnung des Täters belassen!)
 - am Tage: Veranlassung über das Jugendamt
 - in der Nacht: Unterbringung im Kindernotdienst.
- Erstbefragung des Kindes – Beachtung: Zeugnisverweigerungsrecht! Kindgerechte Belehrung unbedingt erforderlich!



DELIKTE GEGEN SCHUTZBEFOHLENE

lich (PDV 382 – Bearbeitung von Jugendsachen –, Ziff. 3.2, beachten!),

- Grundsätzlich schnellstmögliche Begutachtung durch einen Rechtsmediziner veranlassen; dies kann auch Gefahren abwehrend zum frühestmöglichen Treffen familiengerichtlicher Entscheidungen geboten sein.

Täter

- alkoholierter Zustand? Blutprobe
- Drogeneinfluss? Urinprobe/Blutprobe
- ID-Feststellung, ggf. ED-Behandlung,
- Zeugenermittlung (Mit- und Hausbewohner, Auskunftspersonen), Personalienfeststellung bei Zeugen – Fragen z. B. nach
 - Häufigkeit von vernehmbaren Gewalttaten bzw. der Abwesenheit der personensorgeberechtigten Person(en),
 - wahrnehmbares Täterverhalten,
- sofortige Übergabe des Vorganges an das KK bzw. die KPI, FK 1 (sofern nicht selbst vor Ort)

§ 225 StGB – Misshandlung von Schutzbefohlenen

Kinder und Jugendliche (unter 18 Jahre) bzw. Personen, die aufgrund eines Gebrechens oder einer schweren Krankheit wehrlos sind, sind der Fürsorge und der Obhut eines Betreuers unterstellt. Durch die – nicht nur vorübergehende – Betreuung entsteht ein Abhängigkeitsverhältnis zwischen der schutzbedürftigen und der betreuenden Person. Der Täter in diesem Verhältnis ist derjenige, der die schutzbedürftige Person quält, misshandelt, böswillig vernachlässigt, die Personensorge vernachlässigt und an der Gesundheit schädigt.

Verletzungen/Erkennbarkeit:

Erst Opferversorgung, dann Aufnahme der Ermittlungen!

- Hämatome in unterschiedlichen Ausprägungsformen, Striemen, Narben im Gesicht, an Wangen, im Mundbereich sowie
- im Brust- und Bauchbereich, am Gesäß, an den Oberschenkeln.
- Mundregion:
 - Platzwunden an Lippen,
 - Verbrennungen der Mundschleimhaut und
 - Riss des oberen Lippenbändchens (durch gewaltsame Zuführung von zu heißer Nahrung),
- Verletzungen auf und insbesondere hinter den Ohren durch Reißen und Schläge,

- Verbrennungen an Händen, Fußsohlen, am Bauch und Gesäß durch Pressen an Heizkörper oder auf Herdplatten (Bestrafung für Einnässen/-koten),
- Verbrühungen (wichtig: Lage der Verbrühungen beachten, denn Kinder können sich auch ungewollt selbst verletzen),
- Fesselungsspuren (z. B. durch Fesselung an das Bett),
- Bissspuren,
- harte Griffmarken an den Armen,
- Stauungsblutung in der Augenbindehaut (durch Würgen),
- Knochenbrüche,
- Vergiftungen durch Haushaltschemikalien oder Arzneimittel.

Maßnahmen des Ersten Angriffs:

Opfer

- Beschreibung der Verletzungen (Kinder immer, Gebrechliche erforderlichenfalls entkleiden. Traumatisierungsrisiken berücksichtigen, ggf. Arzt hinzuziehen),
- Beschreibung der genauen Lage, der Größe und Form, der Abzeichnung bestimmter Gegenstände (diese, wenn möglich, beschlagnahmen) und die Farbe und Art der Verletzung,
- Fotografische/videografische Sicherung durch ZKD bzw. KPI-Bereitschafts-

dienst, siehe oben zu Traumatisierungsrisiken,

- in Fällen alter oder frischer Verletzungen sofortige ärztliche Konsultation (ggf. im Krankenhaus); lebensbedrohliche Verletzungen bedürfen selbstverständlich der Notaufnahme im Krankenhaus.
- Schnellstmögliche Begutachtung durch einen Rechtsmediziner veranlassen; dies kann auch Gefahren abwehrend zum Treffen frühestmöglicher familiengerichtlicher Entscheidungen geboten sein.
- Unterbringung des Kindes (siehe oben), bei Gebrechlichen Benachrichtigung des Bereitschaftsdienstes der Kreisordnungsbehörde oder der OB in kreisfreien Städten zum Zwecke der Einweisung in eine Pflegeheim,
- zur Ermittlung der Tatzeit bzw. des Tatzeitraumes: Zeugen ermitteln,
- Nachfrage beim Meldeamt, welche Geschwisterkinder mit gemeldet sind,
 - immer alle Geschwisterkinder in jedem Fall körperlich besichtigen (Traumatisierungsrisiken berücksichtigen, ggf. Arzt hinzuziehen) und
- kindgerecht belehren und informativ befragen – Zeugnisverweigerungsrecht beachten!
 - Vernehmung in Frage-Antwort-Form (nicht nach 20:00 Uhr, Nachtzeit!)
 - Beachtung PDV 382, Ziff. 3.2;



EKKKin Gina Graichen (Berlin, Leiterin des LKA 125) und PD Rainer Becker (Güstrow/Mecklenburg-Vorpommern), auf dem Foto in seiner Funktion als Landesvorsitzender der Deutschen Kinderhilfe e. V. – engagieren sich seit Jahren im Kampf gegen Gewaltdelikte an Kindern. Sie waren maßgeblich an der Erarbeitung der Checkliste beteiligt.

Foto: Kiffmeier/Nordkurier



DELIKTE GEGEN SCHUTZBEFOHLENE

- Zweifeln – z. B. bei behaupteter Ortsabwesenheit von (Geschwister-)Kindern – sind so lange nachzugehen, bis diese definitiv ausgeräumt sind.
- Spuren am Opfer sind vielfach die einzigen Beweismittel für die Tat. Zeugen finden sich kaum oder schweigen. Daher ist großer Wert auf die Spurensuche zu legen!

Tatort

- Tatortsicherung und -beschreibung, insbesondere
 - Blut- und Sekretpuren sowohl fotografisch als auch physisch sichern,
 - relevante Tatwerkzeuge (Fesseln, Gürtel, Bügeleisen, evtl. Medikamente, Haushaltschemikalien) als Beweis- und Vergleichsmittel sicherstellen/beschlagnehmen; Auffindeort und -situation dokumentieren.

Täter

- erkennungsdienstliche Behandlung (§ 81 b StPO, 2. Alternative),
- stets Entnahme Blutprobe (zum Beweis der Nüchternheit, des Alkoholisierungsgrades und/oder Rauschmittel-/Arzneimittelinfluss), bei Hinweisen auf Drogen/Medikamenteneinfluss Urinprobe veranlassen,
- Sicherstellung/Beschlagnahme der Pflegeunterlagen.

Keinesfalls dürfen misshandelte Kinder/Jugendliche, geistig/körperlich Behinderte oder Gebrechliche im Handlungsbereich des Täters/der Mittäter zurückgelassen werden. Es ist immer eine Unterbringung zu veranlassen!

Hinweis: Misshandlungen und Vernachlässigungen werden vielfach nur aus Anlass eines anderen Einsatzes (z. B. häusliche Gewalt) festgestellt. Bei einer derartigen Feststellung ist umgehend der ZKD bzw. der Bereitschaftsdienst der KPI zum Zwecke der beweissicheren bildlichen Darstellung zu verständigen. Anonyme Mitteilungen und geschützte Adressen sind nicht im Vorgang zu erwähnen, sondern dem Vorgang in einem verschlossenen Umschlag beizufügen.

Eine Kopie der Anzeige sollte unverzüglich dem örtlich zuständigen Familiengericht übermittelt werden, so dass frühstmöglich eine familienrechtliche Entscheidung zu Gunsten des/der Opfer gefällt werden kann.

Vertraulichkeitsaspekten ist hierbei angemessen Rechnung zu tragen!

**Rolf Matschinsky/Rainer Becker
FHöVPR**

Foto Seite 24: Chromorange/dpa

RUHRFESTSPIELE

Kultur kompakt in Recklinghausen

Mit den „Nordlichtern“ Henrik Ibsen und August Strindberg wird in diesem Jahr das Hauptprogramm der Ruhrfestspiele Recklinghausen (1.5.-14.6.09) bestritten. Zahlreiche Inszenierungen namhafter bundesdeutscher Theater werden im Großen und Kleinen Saal des Festspielhauses gezeigt. „Nordlichter“ ist die diesjährige Saison betitelt, und so wie diese Phänomene am nördlichen Sternenhimmel



Der NoFit State Circus in Aktion

Foto: ©Seventhwave

irrluchtern, irrluchtert auch das weitere Programm – ohne freilich zu den Irritationen zu verleiten, wie Nordlichter es gelegentlich tun.

Es beginnt wie üblich mit dem großen Kulturvolksfest rund um das Festspielhaus am 1. Mai. Die Irritationen der letzten Monate richten vermutlich die Kabarettisten von der Münchner Lach- und Schießgesellschaft bis hin zu Dieter Hildebrandt, Heinrich Pahl oder Georg Schramm gerade. Die englischsprachigen Erfolge jeweils zu Beginn der Festspielzeit haben Frank Hoffmann Mut gemacht. Dieses Mal kommt die englischsprachige Inszenierung im Doppelpack: am 3. Mai Tschechows „Kirschgarten“, am 9. Shakespeares „Ein Wintermärchen“. Regisseur Sam Mendes, 2000 Oskar-Preisträger für American Beauty, hat beide Stücke mit einem Ensemble aus vier Konti-

zenten in New York erarbeitet, weshalb vom „Bridge Project“ geredet wird.

Immer wieder gern gesehen wird Zirkus in Recklinghausen. Freilich nicht Opas Zirkus, sondern die moderne Variante, die gern die französische Vokabel „Cirque“ benutzt. Da ist einmal der Cirque Éloize aus Kanada mit seiner Produktion „Nebbia“ und sodann der NoFit State Circus aus Cardiff. Er zeigt „TABÚ“. Beide Truppen waren schon einmal in Recklinghausen.

Die Möbelsaga über ein schwedisches Einrichtungshaus „Das Wunder von Schweden“ vom Schauspielhaus Hamburg soll den Ernst und das Bedeutungsschwangere der nordischen Autoren ein wenig relativieren.

Das Fringe-Festival (Auftritte von Gruppen der deutschen und internationalen freien Szene, die mit bescheidenem Etat und geringen Mitteln große Kunst machen; es wird als heißer Geheimtipp gehandelt: neue Entwicklungen, kreative Ästhetik, originelle Sichtweisen) hat sich mittlerweile so gut etabliert, dass es auch weiterhin gesponsert wird. Hip-Hop-Fans bekommen Gelegenheit zur Teilnahme an Workshops und an Familienunterhaltung ist auch gedacht: Für Familien mit Kindern gibt es z. B. den Froschkönig mit „Palastmusik“, wie es im Programm heißt.

Weil das Nordlicht aber nicht nur Ibsen und Strindberg beleuchtet, gibt es auch Kultur aus anderen nördlichen Regionen: Island und Finnland z. B.: Aus Helsinki kommen zum Abschluss der Ruhrfestspiele die Leningrad Cowboys zum Open-Air-Konzert am 14.6.2009 vor das Festspielhaus.

(Alle Informationen: www.ruhrfestspiele.de – Für Gewerkschaftsmitglieder gibt es Sonderpreise).

Ulrich Schmidt

Verlosung

Für GdP-Mitglieder verlosen wir in diesem Jahr 3 x 2 Karten für die „Vorstellung TABÚ“ des NoFit State Circus am 23.5.2009 um 19 Uhr in Recklinghausen.

Wer sich an der Verlosung beteiligen möchte, schickt bitte bis zum 17. März 2009 eine Postkarte an: Gewerkschaft der Polizei, Redaktion Deutsche Polizei, Stromstraße 4, 10555 Berlin, Kennwort: Ruhrfestspiele. Die Gewinner werden benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Diskriminierungsverdacht? ADS!

Die Arbeit der Antidiskriminierungsstelle (ADS) des Bundes wollten die Kolleginnen des Vorstandes der Frauengruppe kennen lernen, als sie anlässlich ihrer Arbeitstagung im Januar in Berlin einen Besuch abstatteten. Ihr Fazit: Die ADS ist auch für Gleichstellungsbeauftragte, Schwerbehindertenvertreter und Personalrat ein wichtiger Ansprechpartner, wenn es um Diskriminierung geht.

Mit dem Inkrafttreten des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) am 18. August 2006 wurde die Antidiskriminierungsstelle des Bundes eingerichtet; fachlich unabhängig ist sie organisatorisch beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Jugend und Frauen angebunden

se oder der ethnischen Herkunft, wegen des Geschlechtes, der Religion oder Weltanschauung, des Alters, der sexuellen Identität oder aufgrund einer Behinderung zu verhindern oder zu beseitigen. Der Schwerpunkt des AGG liegt beim Diskriminierungsschutz in Beschäftigung und Beruf.



Bei ihrem Besuch informierten sich die Kolleginnen der Frauengruppe über die Arbeitsweise der Antidiskriminierungsstelle des Bundes – und wurden ermutigt, sich auch in ihrer Funktion als Personalrätin oder Gleichstellungsbeauftragte mit konkreten Einzelfällen und Detailfragen an die ADS zu wenden. Fotos: weu

und auch in dessen Räumlichkeiten am

AGG-Merkmale:

- ethnische Herkunft
- Geschlecht
- Religion / Weltanschauung
- Behinderung
- Alter
- sexuelle Identität

Berliner Alexanderplatz untergebracht. Ihrem gesetzlichen Auftrag gemäß, ist sie für Beratung, Forschung und Öffentlichkeitsarbeit zum AGG zuständig.

Zielsetzung des AGG

Mit dem AGG hatte die Bundesregierung nach zähem Ringen vier EU-Richtlinien in deutsches Recht umgesetzt, die dem Grundsatz der Gleichbehandlung durch wirksame Maßnahmen Geltung verschaffen sollten. Zielsetzung des Gesetzes ist es, Benachteiligungen aus Gründen der Ras-

Das Gesetz soll aber auch vor Benachteiligung im allgemeinen Zivilrecht schützen (vgl. DP 9/2006).

Begriffsbestimmung: Diskriminierung

Doch wann liegt eine Diskriminierung vor? Sie ist ganz offensichtlich dann gegeben, wenn eine Person wegen eines AGG-Merkmals eine weniger günstige Behandlung erfährt, als eine andere – also unmittelbar benachteiligt wird. Doch viel häufiger werden Menschen mittelbar diskriminiert: Wenn dem Anschein nach neutrale Regelungen Personen wegen eines AGG-Merkmals schlechter stellen. Das geschieht z. B. im Rahmen einer tariflichen Bestimmung, die ohne eine arbeitszeitbezogene Begründung Teilzeitbeschäftigte von bestimmten Vergünstigungen ausnehmen. Weil Teilzeitbeschäftigte überwiegend Frauen sind, liegt damit eine mittelbare Benachteiligung wegen des Geschlechts vor. Als Diskriminierung gelten auch Belästigungen,

wenn diese unerwünschten Handlungen im Zusammenhang mit einem AGG-Merkmal auftreten, eine Verletzung der Würde bezwecken oder bewirken und dadurch ein feindliches Umfeld geschaffen wird. Dazu zählen selbstverständlich auch sexuelle Übergriffe.



ADS – Beratungsstelle für jedermann

Wer der Ansicht ist, wegen eines im AGG genannten Merkmals diskriminiert worden zu sein kann sich an die ADS wenden – ohne Voraussetzungen, ohne Rücksicht auf Fristen und ohne Kosten tragen zu müssen. Das gilt für Tarifbeschäftigte wie für Beamtinnen und Beamte. Auch der Personalrat, Gleichstellungsbeauftragte und Schwerbehindertenvertreter können sich in komplexen Fragestellungen und in Einzelfällen bei den Juristinnen und Juristen der ADS Rat holen. So fragte z. B. ein Schwerbehindertenvertreter im Fall eines Kollegen, der aufgrund seiner Schwerbehinderung in den Ruhestand versetzt werden sollte, zunächst bei der ADS nach, um die Erfolgsaussichten einer Klage besser einschätzen zu können: Sie bestätigte das Vorliegen einer Diskriminierung und riet, sich gegen das Vorhaben des Dienstherren zur Wehr zu setzen.

Seit ihrer Einrichtung hat die ADS mehr als 5.000 Beratungsanfragen bearbeitet. Die übergroße Mehrheit bezog sich auf das Arbeitsrecht. Auch Benachteiligungen im öffentlichen Dienst waren Thema. Dabei ging es u. a. um Fragen der Versorgung und der Entgeltgleichheit. Mehr als zwanzig Eingaben erhielt die ADS aus den Reihen der Polizei – wo sich Kolleginnen und Kollegen wegen ihres Geschlechtes, ihrer Alters, ihrer sexuellen Identität oder einer Behinderung diskriminiert fühlten.

Bilanz der ADS

Mehr als zwei Jahre nach Einführung des AGG sieht auch die ADS die vor dem Inkrafttreten vor allem von Arbeitgeberseite lauthals geäußerten Befürchtungen widerlegt: Die von interessierter Seite prognostizierte Flut von so genannten AGG-Klagen ist ausgeblieben – und auch die Folgekosten für die Unternehmen machen mit 26 Mio. Euro nur einen Bruchteil der prophezeiten 1,7 Mrd. aus. **weu**

Beratung der ADS

Tel. 03018 – 555-1865

www.antidiskriminierungsstelle.de





Verlorene Jahre am Hindukusch?

– ARD, ABC und BBC befragten afghanische Bevölkerung –

Gut sieben Jahre nach dem Sturz der Taliban hat die Mehrheit der Afghanen die Hoffnung auf eine friedliche Zukunft vorerst verloren. Unter der alltäglichen Erfahrung von Krieg, Gewalt, Korruption und Armut ist auch das anfangs große Vertrauen in die USA und in die NATO in Resignation, Ablehnung und in wachsendem Maße Hass umgeschlagen. Das ist das Ergebnis einer großen repräsentativen Umfrage, die das „Afghan Institute for Social and Public Opinion Research“ im Auftrag von WDR/ARD, ABC und BBC durchgeführt hat.

In einem sind sich die neue US-Regierung und die afghanische Bevölkerung einig: Die vergangenen Jahre waren für das Land am Hindukusch verlorene Jahre. Nur noch eine Minderheit der Afghanen (40 %) meint, dass sich ihr Land in die richtige Richtung bewegt. Vor gut drei Jahren waren es noch fast doppelt so viele (77 %). Ist im relativ ruhigen Norden vor allem die anhaltend schlechte Wirtschaftslage für den Stimmungsumschwung verantwortlich, belastet die Menschen im umkämpften Süden zusätzlich die allgegenwärtige Gewalt. Nach sieben Jahren Krieg stellen die Afghanen besonders den US- und NATO-Truppen ein vernichtendes Zeugnis aus: nur noch jeder Dritte (32 %) bescheinigt ihnen eine positive Leistung – vor drei Jahren waren es noch 68 %. Noch drastischer fällt das Bild in den Kriegsprovinzen aus: im Südwesten hat nur



Für die Studie führten 176 ausgebildete Befrager umfangreiche persönliche Interviews mit mehr als 1.500 repräsentativ ausgewählten Frauen und Männern in Afghanistan. Quelle: Arnd Henze

noch jeder fünfte (20 %) ein positives Urteil über die US- und NATO-Truppen. „Der Westen hat den Kampf um die Herzen und Köpfe der Afghanen erst einmal verloren“, erläutert Arnd Henze, der als stellvertretender Auslandschef die Umfrage für den WDR betreut hat. „Viele Jahre hatten die Menschen nach den Schreckensjahren der Taliban auf das Prinzip Hoffnung gesetzt und der afghanischen Regierung und den westlichen Truppen einen großen Vertrauensvorschuss gegeben. Dieses Ka-

pital an Geduld und Vertrauen ist aufgebraucht.“

Für Verhandlungen mit Taliban

Noch profitieren die ausländischen Truppen allerdings davon, dass die Bevölkerung in ihrer großen Mehrheit (68 %) die erstark-

ten Taliban für die größte Bedrohung hält. Dabei glaubt nur noch eine Minderheit (33 %) an einen militärischen Sieg über die Taliban. Ein weiteres Drittel rechnet mit einer Verhandlungslösung, jeder fünfte (19 %) befürchtet einen endlosen Fortgang der Kämpfe und immerhin 8 Prozent erwarten einen Sieg der Taliban. Vor diesem Hintergrund ist es erklärlich, dass immer mehr Afghanen (64 %) Verhandlungen mit den Taliban und ihre Beteiligung an der politischen Macht befürworten.

Afghanen wollen weniger US-Truppen

Ohne die Hoffnung auf einen militärischen Erfolg über die Taliban sehen sich die Afghanen zunehmend als Opfer zwischen den Fronten. Landesweit berichten 43 Prozent von zivilen Opfern durch die Taliban, 34 Prozent durch USA/NATO sowie 24 Prozent durch afghanisches Militär oder Polizei. In manchen Kriegsprovinzen wie Helmand (92 %) oder Kandahar (78 %) kennt inzwischen nahezu jeder zivile Opfer von US-Angriffen in der Umgebung. So ei-

Die Umfrage von ARD, ABC und BBC basiert auf der Befragung von 1.534 repräsentativ ausgewählten Afghanen in allen 34 Provinzen. Durchgeführt wurde die Studie mit fast 100 Fragen in persönlichen Interviews von 176 ausgebildeten Befragern in der jeweiligen Stammsprache – wobei Frauen nur von Frauen interviewt wurden.

nig sich die Afghanen in der Ablehnung von Luftangriffen weitgehend sind, so differenziert beurteilen sie die Schuld an den zivilen Opfern: 41 % sehen die Verantwortung ausschließlich bei den ausländischen Militärs, 28 % sehen die Schuld bei den Kämpfern, die unter den Zivilisten Schutz suchen, und ebenso viele sehen beide Seiten gleichermaßen in der Schuld.

In jedem Fall aber werden die ausländischen Truppen immer weniger als Verbündete im Kampf gegen einen gemeinsamen Feind und immer stärker als Teil der Misere wahrgenommen. Entsprechend drängt erstmals eine knappe Mehrheit der Afghanen (51 %) auf einen schnellen Abzug von USA und NATO – im umkämpften Südwesten sind es 71 %. Dort wollen nur noch 28 % die Truppen solange im Lande halten, bis die Sicherheit wiederhergestellt ist. Entsprechend findet sich in Kriegsprovinzen wie Kandahar (3 %), Nangarhar (8 %) oder Helmand (9 %) kaum jemand, der eine Aufstockung der Truppen befürwortet. Dabei ist die Verdoppelung der US-Truppen um weitere 30.000 Soldaten derzeit das einzig konkrete Element der neuen Strategie von US-Präsident Obama. Für Arnd

WDR-Chefredakteur Jörg Schönenborn, sieht in der Umfrage von ARD, ABC und BBC einen wichtigen Beitrag zur öffentlichen Diskussion. „Wir wissen, dass sich auch die Planungen von Pentagon und NATO auf solche Umfragen stützen. Deren Erkenntnisse bleiben aber vertraulich und stehen weder in den USA noch in Europa für die breite politische Debatte zur Verfügung. Eine neue Afghanistan-Strategie wird in der Bevölkerung und in den Parlamenten nur Rückhalt finden, wenn sie in realistischer Kenntnis der Herausforderungen diskutiert wird.“

Henze wird hier das ganze Dilemma einer zukünftigen Afghanistanpolitik deutlich: „Obama will zur gleichen Zeit den Krieg und das Vertrauen der Afghanen zurück gewinnen. Aber jede Ausweitung der Kämpfe bedeutet zumindest am Anfang mehr zivile Opfer. Da prallt dann die militärische Einschätzung des Westens mit großer Heftigkeit auf eine sehr harte Ablehnungsfront in der Bevölkerung und wird die Distanz zumindest kurzfristig eher noch vertiefen.“ Eine Ablehnung, die schon jetzt so weit geht, dass in manchen Provinzen inzwischen mehr als die Hälfte der Bevölkerung Anschläge auf US- und NATO-Soldaten für gerechtfertigt hält (auch landesweit ein deutlicher Anstieg auf 25 %).

Sympathien für Deutschland und Iran

Während die Bevölkerung bei den ausländischen Truppen nicht zwischen USA, NATO und einzelnen Herkunftsländern unterscheidet, gibt es bei der grundsätzlichen Einstellung gegenüber verschiedenen Ländern deutliche Unterschiede. An der Spitze der Beliebtheit steht Indien (74 %), am un-

teren Ende Pakistan, dessen Zustimmung seit November 2007 von 21 auf nur noch 8 % gefallen ist. Deutschlands Ansehen ist leicht zurück gegangen (von 70 auf 61 %), auf 57 % gestiegen sind dagegen die Werte für den Iran. Am deutlichsten ist der Sympathie-Einbruch der USA: von in der islamischen Welt beispiellosen 83 % im November 2005 über 65 % in 2007 auf nur noch 47 %. Arnd Henze: „Wenn es um die Stabilisierung Afghanistans geht, haben der Westen und der Iran die gleichen Interessen. Kein Land leidet zum Beispiel so stark unter afghanischem Opium wie der Iran mit seinen vielen Drogenabhängigen.“

Anti-Drogenkampf: nur wenn neue Jobs geschaffen werden

Aber auch im Anti-Drogenkampf wird es schwer sein, die Bevölkerung von einem harten Vorgehen gegen den Opiumanbau zu überzeugen. Das Land produziert mehr als 90 % des weltweiten Rohopiums. Die Milliardeneinnahmen finanzieren die Ausrüstung der Taliban und lokaler Warlords, sichern aber auch der Bevölkerung Beschäftigung und überdurchschnittliches Einkommen, zu dem es derzeit keine erkennbare Alternative gibt.

So zeigt die Umfrage zwar eine grundsätzliche Bereitschaft, den Drogenanbau zu bekämpfen – in den sechs wichtigsten Drogenprovinzen (u.a. Helmand und

Kandahar) halten aber Zweidrittel der Befragten den Anbau für gerechtfertigt, solange er die einzige Erwerbsmöglichkeit bietet. Arnd Henze: „Auch hier steht der Wes-



ten vor einem Dilemma: Er muss den Opiumanbau bekämpfen, ohne die Bevölkerung in Arbeitslosigkeit und Armut zu treiben. Und das alles in den am heftigsten umkämpften Provinzen des Landes, in denen die Stimmung gegenüber USA und NATO ohnehin schon äußerst feindselig ist.“

So ablehnend die Stimmung gegenüber den ausländischen Truppen inzwischen ist, so sehr schwindend ist der Rückhalt auch für die einheimischen Akteure. Die Zustimmungswerte für Präsident Karsei sind seit November 2005 von 83 auf 52 % gesunken, ähnliches gilt für die Zentralregierung (von 80 auf 49 %) und die Provinzregierungen (von 52 auf 46 %). Dass die Werte überhaupt noch relativ positiv sind, ergibt sich aus dem Mangel an Alternativen. „Es fehlt dem Land an Hoffnungs-



AFGHANISTAN

trägern“, so Henze, „und in einem von Korruption immer tiefer verseuchten Staat wird sich auch nur schwer eine neue Führungsgeneration entwickeln können.“ Die Korruption halten inzwischen 85 % der Afghanen für ein Problem (63 % sogar für ein „sehr großes“).

Armut nimmt zu

Landesweit hat die Armut der Afghanen weiter zugenommen. Mehr als die Hälfte der Haushalte muss mit weniger als 100 US-Dollar im Monat auskommen. Nur noch ein gutes Drittel (37 %) kann sich die nötigen Lebensmittel zumindest teilweise leisten - dabei fehlt es auf den

Märkten nicht an ausreichend Lebensmitteln. Noch weniger (31 %) können den Preis für Öl bezahlen, das zum Heizen und zum Antrieb von Generatoren unverzichtbar ist. Ein wesentlicher Grund für die Armut ist neben steigenden Preisen

der eklatante Mangel an Arbeitsmöglichkeiten. 70 % der Afghanen sehen den Arbeitsmarkt negativ – hier hat es in den letzten Jahren keinerlei Verbesserungen gegeben. Ganz oben auf der Liste der Alltagsprobleme steht darüber hinaus die Stromversorgung. Sie wird von 77 Prozent als schlecht bewertet – eine Mehrheit der Bevölkerung (55 %) hat keinerlei Zugang zu Strom, ein weiteres Viertel muss mit deutlich weniger als 6 Stunden pro Tag auskommen. Aber es gibt auch ermutigende Entwicklungen: Deutlich verbesserte Werte gegenüber den früheren Umfragen gibt es bei der Versorgung mit sauberem Wasser (jetzt 65 % positiv), bei den Schulen (77 %) sowie beim Ausbau der Infrastruktur mit Straßen und Brücken (42 %).

Starkes Bekenntnis zu Frauenrechten

Erstaunlich breite Unterstützung bei

deutlichen regionalen Unterschieden gibt es nach wie vor für Frauenrechte, die unter der Talibanherrschaft verwehrt wurden. Das Wahlrecht für Frauen und die Schulbildung für Mädchen wird von jeweils über 90 % der Befragten bejaht. Berufstätigkeit von Frauen wird zwar landesweit von 77 % der Afghanen unterstützt, stößt aber in ländlichen Gebieten weiterhin auch auf Ablehnung. Ähnliches gilt für Frauen in Regierungsämtern.

Insgesamt beschreibt die Umfrage eine extrem düstere Ausgangsbasis für einen Neuanfang in Afghanistan. „Die letzte Umfrage vor 14 Monaten hat uns das Bild von einem Land auf der Kippe zwischen Hoffnung und Resignation geboten.“, so Arnd Henze. „Die neue Untersuchung bietet nur noch wenig Anknüpfungspunkte für die Hoffnung, dass sich die Lage schnell zum Besseren wendet.“

Quelle: ARD/tagesschau.de

TERRORISMUS

Unsere Atombombe ist eine Autobombe

– Neue Qualität medialer Terrordrohungen gegen Deutschland –

„Wir müssen das ernst nehmen und können nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Ein paar Monate vor der Bundestagswahl stellen wir deutliche Parallelen zur Situation in Spanien fest. Der Madrider Terroranschlag im Jahr 2004 sollte die bevorstehende Wahl beeinflussen und zum Abzug der spanischen Soldaten aus dem Irak führen. Das Ergebnis ist bekannt: Spanien hat sich zurückgezogen. Die jüngsten Videobotschaften zeigen deutlich, dass Deutschland und deutsche Interessen im Ausland bedroht werden.“ (BKA-Präsident Jörg Ziercke, Anfang Februar 2009)

Ähnlich äußerte sich BfV-Präsident Heinz Fromm: „Die Gefahr ist sehr groß, dass in Deutschland ein Terroranschlag verübt wird“ und Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble zur verstärkten Gefahr: „Wir müssen eine neue Qualität feststellen, die zeigt, dass Deutschland unter den Zielländern der Terroristen weiter nach vorne gerückt ist.“

Schon im Dezember 2007 und im Januar 2008 hatten polizeiliche und nachrichtendienstliche Terrorismusermittler des Gemeinsamen Internetzentrums (GIZ) in Berlin Videobotschaften gesichtet, die nicht wie üblich nur auf Arabisch verfasst, sondern auch mit deutschen Untertiteln versehen waren. Dennoch wurde die Bundesrepublik Deutschland in der zu be-

obachtenden Ausweitung der Internet-Offensive des al-Qaida-Netzwerkes nicht explizit erwähnt.

Dies änderte sich im ersten Monat dieses Jahres. In mehreren Videobotschaften wurde Deutschland nun „explizit bedroht, auch in deutscher Sprache und mit deutschen Inhalten“. Damit hatte „die djihadistische Propaganda gegen Deutschland eine neue Qualität erreicht“, so die Bewertung des Bundesinnenministeriums.

Islamistische Medienoffensive gegen Deutschland

Anfang Januar tauchte eine Botschaft der Islamischen Bewegung Usbekistan

(IBU) auf. In einem 30-minütigen Videofilm forderte in fast akzentfreiem Deutsch ein Mann mit dem Kampfnamen „Abu Adam aus Deutschland“ die deutschen „Geschwister“ auf, sich dem Djihaad anzuschließen. Am 17. Januar war im Internet ein 30-minütiges Video zu sehen, das offenbar schon im Oktober 2008 von der Medien-Abteilung al-Qaidas „As Sahab“ (die Wolken) produziert worden war. Die Drohung mit dem Titel „Das Rettungspaket für Deutschland“ war eine Art Kriegserklärung, die ein vermummter Mann, der sich „Abu Talha, der Deutsche“ nannte, vortrug: „Sollten die Deutschen leichtgläubig und naiv meinen, als drittgrößter Truppensteller ungeschoren davonzukommen, dann sind deutsche Politiker im Bundestag fehl am Platz“.

Der Sprecher wurde als Bekkay Harrach (31 Jahre) identifiziert. Der deutsche Staatsbürger marokkanischer Herkunft soll zeitweise in Bonn gelebt und Kontakte zu Islamisten in Frankfurt, Braunschweig und Ulm gehabt haben. Seit 2007 soll er sich im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet aufhalten. Fast zeitgleich zu seiner Drohbotschaft war in Kabul ein







Das am 27.1.2009 im Internet aufgetauchte Video der Islamischen DjiHad-Union bestätigt nach Angaben des Bundesinnenministeriums die neue Qualität der Bedrohung für Deutschland. Wie bereits bei den jüngsten Veröffentlichungen der Islamischen Bewegung Usbekistans und der al-Qaida-Medienstelle „Al-Sahab“ wurde auch in diesem Video eine deutschsprachige Person (2.v.r.) eingesetzt.

Quelle: Intelcenter/dpa

Selbstmordanschlag vor der deutschen Botschaft verübt worden, durch den fünf Menschen getötet und rund zwanzig verletzt worden waren, darunter drei Mitarbeiter der Botschaft. Zum Terrorakt bekannten sich die Taliban und erklärten, er habe sich gegen deutsches Militärpersonal gerichtet.

„Eure Soldaten sind nirgends sicher“, hatte Harrach im Video gedroht. Wer glaube, zwischen al-Qaida und den Taliban trennen zu können, habe seinen Feind nicht verstanden.

Nur eine Woche später wurde am 24. Januar bekannt, dass die islamistische Drohkulisse im Internet durch eine dritte Drohung verstärkt worden war. Auf YouTube (das zweieinhalb Minuten Video war hier schon am 12. Januar eingestellt worden) behaupteten islamistische Terror sympathisanten – mutmaßlich djihadterroristische Trittbrettfahrer – „wir werden eine Armee senden mitten in eure Stadt, besonders Berlin, Köln und Bremen“ – und weiter: „Deutschland und vier andere Länder werden ab Februar 2009 Probleme kriegen.“

Nur wenig später fand sich am 27. Januar ein weiteres Islamistenvideo im Internet. In dem 26-minütigen Video drohten vermummte Kämpfer der turkestanischen Terrorgruppe Islamic Jihad Union (IJU) auf Russisch, Türkisch

nommen. In seiner 22-minütigen Sprachbotschaft, die über Internetseiten islamistischer Gruppen verbreitet wurde, hatte Osama Bin Laden zum globalen DjiHad aufgerufen. An die Palästinenser gewandt, sagte er: „Wir lassen euch nicht im Stich. Der „DjiHad eurer Söhne gegen die Koalition der Zionisten und Kreuzfahrer ist einer der Hauptgründe für diese zerstörerischen Wirkungen auf unsere Feinde.“ Dieser Krieg könne noch Jahrzehnte weitergehen, so Bin Laden.

„Modell Spanien“ – Gefahren für Deutschland im Wahljahr 2009

Bis Mitte Januar war nur ein einziges Land in der Welt – die USA – mit einem



und Deutsch. In der letzten Passage des Videos drohte einer der Männer unter Verweis auf Afghanistan und Gaza/Palästina auf Deutsch Anschläge an: „In diesem Jahr haben wir ein paar Überraschungspakete an die Besatzungsmächte vorbereitet. Denn der Verbündete der Besatzungsmächte, muß immer mit unseren Angriffen rechnen.“ Weiter hieß es: „Seit über zehn Tagen schaut die Welt zu, wie im Gazastreifen (...) die Muslime massakriert, ermordet werden. Wo ist die USA? Wo bleibt Frau Merkel und ihr Kabinett?“

Auf Gaza hatte zuvor schon Mitte Januar der Qaida-Führer selbst Bezug ge-

Erinnerung an den Terroranschlag 2004 in Madrid, der die Wahlen in Spanien beeinflusst und zum Abzug der spanischen Soldaten aus dem Irak führen bevorstehende Wahl beeinflussen sollte. Vertreter amerikanischer Geheimdienste befürchteten Anschläge der Terrororganisation Al-Qaida in Deutschland „gezielt“ kurz vor der Bundestagswahl am 27. September 2009. Aus CIA-Kreisen war zu erfahren, dass nach Aussage von „pakistanischen Mittelsmännern“ deutsche Islamisten aus ihren Ausbildungslagern im Nordwesten Pakistans zwei oder drei Wochen vor der Wahl in die Bundesrepublik einreisen wollen, um Attentate auf „hochrangige Ziele“ vorzubereiten.

Foto: Oliver Lang/ ddp



Münchener Sicherheitskonferenz und neue Afghanistan-Politik

Im Zentrum der Konferenz (7./8. Februar) stand eine neue Nahost- und Afghanistan-Politik. Zum Abschluß wurden die Grundzüge einer künftigen Linie für den internationalen Einsatz am Hindukusch deutlich. Die neue US-Regierung räumte Fehler im Kampf um Afghanistan ein: „Wir haben uns zu sehr auf den militärischen Wiederaufbau konzentriert“ – und

kündigte einen Strategiewechsel mit der Formel „Säubern, halten, aufbauen“ an; eine Annäherung an das deutsche „Prinzip der vernetzten Sicherheit“. Zur „selbsttragenden Sicherheit“ des Landes gehören für die zivilen Bereiche insbesondere der Aufbau von Rechtssystemen und der Polizei, Afghanistan fehlen allein noch 100.000 der 134.000 Polizisten, die nach Auffassung der

NATO nötig sind. Hier würde sich Deutschland verstärkt engagieren. Auch werde man die Kräfte der Quick Reaction Force im Rahmen der Obergrenze von 4.500 deutschen Soldaten ausweiten. Der US-Gesandte für Afghanistan und Pakistan, Richard Holbrooke, ging von einem langen Krieg gegen die Taliban aus; die Probleme wären größer als im Irak.



eigenen Drohvideo bedacht worden. Deutschland ist nun das zweite Land. Das auf Auswertung islamistischer Internetseiten spezialisierte US-Institut Intel-Center, sprach von der bislang „bedeutendsten Botschaft al-Qaidas an Deutschland und möglicherweise an ein europäisches Land überhaupt.“ Und diese explizite Drohung wurde von einem deutsch-marokkanischen Jihadisten ausgesprochen, der scheinbar eine wichtige Funktion in der Propaganda-Abteilung der al-Qaida innehat.

Kontakte zur al-Qaida-Führung wurden auch dem deutsch-polnischen Konvertiten Christian Ganczarski (42) nachgesagt, den ein Schwurgericht in Paris Anfang Februar 2009 zu 18 Jahren Haft verurteilte. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass der Islamist als al-Qaida-Mitglied an der Planung des Attentats auf die Synagoge der tunesischen Ferieninsel Djerba am 11. April 2002 beteiligt war.

Der damalige Anschlag tötete 21 Menschen, darunter 14 deutsche und zwei französische Urlauber. Drei weitere Islamisten, darunter die deutschen Konvertiten Fritz Gelowicz (29) aus Neu-Ulm und Daniel Martin Schneider (22) aus dem saarländischen Neunkirchen, müssen sich als „Sauerlandgruppe“ ab dem 24. März 2009 vor dem OLG Düsseldorf verantworten. Als mutmaßliche Mitglieder einer IJU-Zelle sollen sie massive Anschläge mit Autobomben in Deutschland geplant haben. „Unsere Atombombe ist eine Autobombe, jeder Muslim kann sie sein“, prahlte der rheinische al-Qaida Sprecher Harrach im Drohvideo Mitte Januar.

Nicht nur das Bundesinnenministerium hielt die ausdrückliche Thematisierung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan, den detaillierten Deutschlandbezug und das zunehmende Auftreten von Personen aus Deutschland in den Drohbotschaften für besorgniserregend. Als schließlich am 2. Februar die Taliban eine (auf Arabisch) verfasste Botschaft „an das deutsche Volk und seine mit Amerika verbündete Regierung“ ins Internet stellten, in der der Anschlag vor der deutschen Botschaft als „Strafe und Warnung“ für die Deutschen bezeichnet wurde, nahm das „Modell Spanien“ als Vorbild zur Beeinflussung der Debatte über den Afghanistaneinsatz noch deutlichere Konturen an.

Berndt Georg Thamm

„In jedem Alter liegt ein Charme – auch im Alter“

– Ein Rückblick auf durchlebte Lebensphasen –

In unserer hektischen Zeit, in der wir uns so oft überfordert, überholt und überstrapaziert fühlen, sehnen sich viele danach, einfach einmal in-nezuhalten und auf grundsätzliche Fragen Antworten zu finden. Dafür suchen wir Orte der Ruhe, der Besinnung auf – z. B. in alten Klostermauern. Damals wie heute haben Stätten dieser Art auch die Aufgabe, Menschen zu Begegnungen zu verhelfen und ihnen Orientierung zu vermitteln.

So machten sich auch im November 2008 Seniorinnen und Senioren aus dem Raum Koblenz sowie dem Vorstand der GdP-Seniorengruppe des Saarlandes – unter ihnen der Bundesseniorenvorsitzende Artur Jung – zu einem Einkehrtag in der Theologischen Hochschule der Pallottiner in Vallendar auf – um ihre Lebensphase in aller Ruhe, mit aller Realität und mit allem Optimismus zu reflektieren und das Alter als Lebensphase zu begreifen, die neue Chancen der Selbstfindung eröffnet.

Vorbereitet und gestaltet wurde dieser Einkehrtag vom Pallottinerpater Bernhard Pieler und dem Kollegen Heinz Blatt – und damit war der Erfolg bereits vorprogrammiert. Sie setzten den Rahmen dafür, dass sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an diesem Besinnungstag sowohl vom Geist des Ortes inspirieren lassen konnten als auch die Chance bekamen, das Alter, wie es Pater Anselm Grün in seinem Buch „Die spirituelle Herausforderung des Älterwerdens“ ausdrückt, als Lebensphase zu begreifen, die neue Chancen der Selbstfindung eröffnet.

Als Gäste konnte Heinz Blatt den Inspekteur der Polizei Werner Blatt vom Innenministerium und Polizeipräsident Horst Eckhardt vom Polizeipräsidium Koblenz begrüßen.

Mit ihrer Anwesenheit und ihren Grußworten bekundeten sie das große Interesse, das die Polizeiführung des Landes solchen Begegnungen beimisst. Ebenso bringt sie damit zum Ausdruck, dass sie für die Kolleginnen und Kollegen nicht

nur in ihrem Berufsleben, sondern auch nach ihrem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst Verantwortung zeigt.

„In jedem Alter liegt ein Charme – auch im Alter“.

Mit einem Zitat von Hermann Hesse „In jedem Anfang wohnt ein Zauber“ leitete Pater Pieler seine Ausführungen ein und machte darauf aufmerksam, wie positiv dieser Denker und Erzähler formuliert. Denn in jedem Anfang steckt auch eine Portion Ungewissheit, Risiko und Wagnis. Aber genau aus diesem „Neuland“ weht dem Menschen immer ein Hauch Ängstlichkeit entgegen. Hermann Hesse kennt den Menschen und zeigt, wie die Ängstlichkeit vor dem Neuen zu packen ist. Nicht mit flotten und kernigen Sprüchen, sondern mit einer positiven Wortwahl: Zauber. Und genau auf diese positive Wortwahl kommt es auch im Leben an. Denn Worte motivieren oder demotivieren. Sie müssen nicht einmal ausgesprochen werden. Sie einfach zu denken oder in ihnen zu denken genügt und die seelischen Flügel sind gespannt zum Starten oder gestutzt zum müden Klagen bis Hadern mit sich und der Umwelt. So war das Thema sehr bewusst gewählt: „In jedem Alter steckt ein Charme – auch im Alter“ und der Referent stellte zunächst einmal klar, dass hier nicht die gelebten und gezählten Lebensjahre gemeint sind, wohl aber durchlebte Lebensphasen oder auch Lebensbögen, deren Übergänge





REFLEKTIONEN

immer mit Einschnitten und manches Mal auch mit spürbaren Umbrüchen verbunden sind. Gleichgültig ob diese Umbrüche vernehmlich oder weniger spürbar verlaufen, immer bleibt der Einzelne gefragt und gefordert, aus erfahrene[m] Wissen „Neuland“ zu betreten und diese Schritte charmant zu wagen, weil auch das Neue mit Charme aufwartet. Aber: Was ist unter Charme zu verstehen?

Das Wort geht zurück auf die lateinische Sprache und findet in den Worten wie: cantum, Carmen und canere seine Wurzeln: „Spruch, Gesang und singen“. Demnach steckt im Charme immer etwas Heiteres; eine Fröhlichkeit, die auch bei Wehmut und Schwermut nicht ganz „absacken“ lässt. Im Charme liegt eine Ausstrahlung, die in allem und jedem steckt und bewegt, einerseits zu signalisieren:

„Gut, dass es dich gibt!“ und andererseits zu hoffen, dass mir selbst diese Aufmerksamkeit wiederfährt.

Was für das Kind und die gesamte Kindheit ganz selbstverständlich gilt, „in jedem Alter steckt ein Charme“, wird durch die Pubertät auf eine harte Glaubens- und Hoffnungsprobe gestellt; aber nicht nur bei Eltern, Lehrern und der ge-



samen erwachsenen Welt; sondern auch beim jungen Menschen in dieser Lebensphase. Die oftmals unkontrollierten, vulkanartigen Ausbrüche an Temperament, Emotion und Wortwahl stellen alles bisher Charmante in Frage; aber auch in dieser heißen Lebensphase gibt es Augenblicke und Begegnungen, in denen unerwartete ernste und nachdenkenswertes Gespräche nicht nur möglich sind, sondern tatsächlich passieren. Es sind Augenblicke, die jeder für sich und die anderen festhalten möchte; aber ein Festhalten gibt es nicht; wohl bricht eine Ahnung auf und eine Hoffnung erstarkt, dass Besonnenheit, Einsicht und Umsicht die „Lufthoheit“ wieder gewinnen werden. Denn ein Quäntchen Verrücktheit gehört zum Leben, ja in das Leben, macht das Leben aus – auch das Leben im Alter.

Charme im Alter oder das charmante Alter

Wer diese Lebensphase nur als Abschied versteht von dem, was einmal war und heute und jetzt so nicht mehr möglich ist, wird den Charme, der dieser Lebensphase, dem Alter gegeben ist, nicht entdecken. Das wiederum muß nicht sein, ja soll und darf nicht sein. Denn hier und jetzt ist noch einmal die Möglichkeit gegeben, eine neue Lebenskompetenz zu gewinnen; eine neue Zuständigkeit für das Leben oder die Zuständigkeit für das Leben neu zu gewinnen. Nicht durch „Altersdoping“ oder riskante Nachholmanöver; der Charme kennt kein Risiko, kein unbedachtes Risiko. Der Charme im Alter liegt in der Kraft der Weisheit. Diese ist bekanntlich mehr als Wissen; denn sie lebt aus der Erfahrung und genau diese Erfahrungen sind es, die Menschen in dieser Lebensphase attraktiv, anziehend machen; anziehend als Gesprächspartner und stille und unauffällige Lebensberater und Lebensbegleiter; unter einer Bedingung, dass sie Mut haben, warten zu können und warten zu wollen, bis sie gefragt werden. Und genau diese Ruhe als glattes Gegenteil der Ungeduld, können sie sich leisten, weil sie keinen dienstlichen und damit öffentlichen Vorgesetzten mehr Rechenschaft zu geben haben als einzig und allein sich selbst, dem eigener wertendem Ich – das ist das Gewissen und damit einer letzten, unverbrauchten Instanz.

Aus diesem Wissen erwächst ein neues Klima, eine andere und damit durchaus neue Sichtweise für die sogenannten Dinge des Lebens, die bei Jungen und Alten neue entdecken lässt und umgekehrt. In der Kraft und Willigkeit warten zu kön-

nen und warten zu wollen, offenbart sich der Charme des Alters. Eine neue, vielleicht sogar nicht vermutete Anziehungskraft. Sie lässt Ehepartner wieder miteinander und füreinander neu entdecken, weckt die Fantasie für kleinere Überraschungen als Zeichen von Aufmerksamkeit und Dankbarkeit. Denn wo, und sobald die Selbstverständlichkeit sich einschleicht, beginnt zu sterben, was noch leben soll und eigentlich leben will: die Liebe. Und gerade dieses Lieben bleibt notwendig, damit eine Sorge nicht zur quälenden Last wird: Hoffentlich fallen wir niemanden zur Last. Eine Sorge, die

ma ungewöhnlich und recht gewöhnungsbedürftig sei. Aber gewöhnungsbedürftig war das gesamte Tagesthema; hat aber am Ende den Wunsch nach einem neuen Treffen aufkommen lassen.

Zurück zum „charmanten Jesus“: Natürlich sind andere Bilder von Jesus geläufiger, wie der gütige, verlässliche Jesus, der einerseits klare Worte findet, andererseits niemanden verletzt; im Gegenteil: Er bleibt für Freund und Gegner einfach interessant. Er vermag – nach Tucholsky „die Wahrheit wie einen Mantel hinzuhalten – „und genau darin liegt



Die Teilnehmer des Einkehrtages

Foto: Lotte Baus

gegenwärtig mehr denn je Menschen in dieser Lebensphase bedrückt. Das Thema Tod und Sterben winkt vom Horizont her stärker als früher in den eigenen Lebensbereichen hinein. Der Wunsch nach einem gütigen Tod bleibt verständlich. Nur: Der Wunsch bestimmt den einen Teil Wirklichkeit; der andere Teil heißt: vertrauensvolles Zuleben in die Zukunft.

„In jedem Alter liegt ein Charme, auch im Alter“ – der Charme schließt den Ernst nicht aus; lässt aber trotzdem nach dem Motto leben: „Unser Leben sei ein Fest. „Und das „warum“ wurde im Gottesdienst erlebt und erfahren unter dem Thema

„Der charmante Jesus“

Gleich zu Beginn dieses Gottesdienstes räumte P. Pieler ein, dass dieses The-

seine Ausstrahlung, sein Charme, dem auch Atheisten sich nicht entziehen können, wie Vitezslav Gardavski, ein junger Philosoph aus dem „Prager Frühling“ in seinem Buch zugibt: „Gott ist nicht ganz tot“ mit dem Untertitel: Ein Marxist über Religion und Atheismus. In diesem Buch setzt er sich mit Jesus in einem eigenen Kapitel auseinander unter der Überschrift: „Mensch und Wunder“. Neben biblischen Texten kam auch dieser tschechische Denker zu Wort. Es lässt sich nicht leugnen, so P. Pieler, es liegt ein Charme im Leben Jesu; und einer aus seinem Freundeskreis hat es auf den Punkt gebracht: „Du hast Worte ewigen Lebens!“

Ein Gottesdienst, so waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einig, ganz im Tagesthema, der das eigene Leben neu entdecken ließ.

Heinz Blatt





Europäischer Polizeikongress



Max Hoffmann, Jan Vellemann und Sascha Göritz (v.l.) Foto: JG

Zum zwölften Mal wurden Polizistinnen und Polizisten nach Berlin zum Europäischen Polizeikongress gerufen. Diesem Ruf folgten nicht nur Teilnehmer aus Deutschland, Europa und sogar Übersee, sondern auch die Junge Gruppe.

Der Bundesjugendvorsitzende Sascha Göritz nahm an dem Kongress teil und nutzte die Chance insbesondere die Ambitionen der Jun-

gen Gruppe bei EuroCOP weiterzuverfolgen. Die Junge Gruppe hatte sich auf dem letzten EuroCOP-Kongress mit ihrer Forderung durchgesetzt, Jugendorganisationen auch in den Polizeigewerkschaften der anderen Mitgliedorganisationen von EuroCOP zu fördern und zu gründen. Hier gilt es, sich an die Spitze der Bewegung zu setzen. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung wird ein Arbeitstreffen im Sommer 2009 in Wien sein, wo Mitglieder der EuroCOP-Mitglieder Schweiz, Österreich und Deutschland teilnehmen werden. Hierzu konnte Sascha Göritz Gespräche mit dem Gewerkschaftssekretär von EuroCOP, Jan Vellemann, und dem Generalsekretär des Verbandes Schweizerischer Polizeibeamte, Max Hoffmann, führen.

Weitere Informationen zum Kongress unter www.gdp.de

SEMINAR

Polizei in Europa

– vom 19.-23. Oktober 2009 nach Rom –

Die Römischen Verträge wurden am 25. März 1957 von Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden in Rom unterzeichnet und gründeten mit dem EWG-Vertrag die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und dem Vertrag für Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) zwei wesentliche Bestandteile der späteren Europäischen Gemeinschaft. Rund 50 Jahre danach wollen wir schauen, wie sich die Verträge weiterentwickelt haben und wie sie unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen beeinflussen. Darüber hinaus wollen wir auch Kontakt zur Römischen Polizei aufnehmen und mit Kolleginnen und Kollegen diskutieren, wie sich Polizeiarbeit heute im europäischen Raum darstellt.

Der TeilnehmerInnenbeitrag beträgt 300 Euro. Die Anreise nach Rom muss selbst organisiert werden.

Anmeldungen bitte online: <http://www.gdp.de/gdp/gdpjg.nsf/id/Seminaranmeldung>

Im Dialog mit dem Bundesumweltminister

Im Januar trafen sich der Bundesumweltminister Sigmar Gabriel und der Bundesjugendvorsitzende Sascha Göritz in Berlin, um über die Energie- und Atompolitik unseres Landes zu sprechen.

Ein Schwerpunkt lag auf den alljährlichen Castoreinsätzen; ihre Notwendigkeit und ihre Finanzierung. Der Minister bedankte sich ausdrücklich bei den Polizeikräften für ihr wiederkehrend professionelles und besonnenes Auftreten bei diesen Einsätzen. Des Weiteren standen auf der Tagesordnung die Endlagerdebatte, der Atomkonsens und Energiepolitik unter dem Eindruck der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise.

Mehr unter www.gpjg.de



Bundesumweltminister Sigmar Gabriel im Gespräch mit Sascha Göritz. Foto: Weusthoff

IMPRESSUM:
Herausgeber:
Bundesjugendvorstand Junge Gruppe (GdP),
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21- 105;
Fax: (030) 39 99 21 - 200
www.gdp-junge-gruppe.de
jg@gdp-online.de

V. i. S. d. P.: Sascha Göritz

Redaktion:
Fanni Schneider, Marc Behle

Männer als Opfer und Täter

Unser Bild von Gewalt speist sich zu einem großen Teil aus der Berichterstattung in den Medien. In der Regel werden dort nur spektakuläre Fälle präsentiert, wobei die Täter- und die Opferzuschreibungen klar verteilt scheinen: Der Mann ist der Täter, Frauen, Kinder und alte Menschen sind die Opfer. Doch die Realität und die kriminologische Forschung belegen ein anderes Bild. Eine deutliche Mehrzahl der Opfer ist männlichen Geschlechts. Annähernd jeder Mann hat in seinem Leben Erfahrungen mit Gewalt gemacht, sei es als Opfer oder als Täter. Gewalt ist ein Bestandteil des männlichen Lebens und Aufwachsens.

In der vorliegenden Arbeit wird sich speziell mit männlichen Erfahrungen als Täter und Opfer von Gewalt auseinandergesetzt und der Frage nachgegangen, ob Gewalt tatsächlich eine männliche Domäne ist. Dabei wird sich mit dem Gewaltbegriff auseinandergesetzt und den Ursachen männlicher Gewalthandlungen nachgegangen, um dann den Stellenwert von Gewalt im Leben von Jungen und Männern als Opfer und Täter zu analysieren.

Männer als Opfer und Täter, Jugendkriminalität gleich Jungenkriminalität?, Svenne Köster, Verlag für Polizeiwissenschaft 2009, 78 Seiten, 10,90 Euro, ISBN 978-3-86676-062-2



Mafialand Deutschland

Jürgen Roth zeigt erstmals, wie die gefährlichsten Mafiaorganisationen Ndrangheta und die Russenmafia Deutschland mithilfe von Politik und Wirtschaft unterwandern. Seit den Morden von Duisburg ist die kalabresische Ndrangheta in Deutschland in der Öffentlichkeit bekannt. Was als Fehde verfeindeter Clans dargestellt wird, ist in Wahrheit nur ein „Betriebsunfall“ bei der Unterwanderung Deutschlands durch Mafiaorganisationen – egal ob durch italienische oder russische Clans. Denn es geht längst nicht mehr nur um Schutzgelderpressung, Prostitution oder Drogenhandel, sondern um Macht und Einfluss auf politische und wirtschaftliche Entscheidungen, die man sich durch milliarden schwere Investitionen erkaufte.

Seit vielen Jahren recherchiert der renommierte Journalist Jürgen Roth über die Strukturen der Mafia in Deutschland. Er hat mit italienischen Mafiosi geredet und italienische Mafiaermittler befragt, mit Finanzfachleuten gesprochen und Einsicht in aktuellste Erkenntnisse von Ermittlern in Sachen Wirtschaftskriminalität und organisierte Kriminalität bekommen. Sein Fazit: Die Mafia ist bei uns angekommen. Ganz oben.

Mit brisanten neuen Fakten zu Fällen aus Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpom-



mern, Sachsen, Thüringen sowie Österreich und der Schweiz.

Mafialand Deutschland, Jürgen Roth, Eichborn Verlag, Februar 2009, 320 Seiten, 19,95 Euro, ISBN-978-3-82185-632-2

Beschwerdemanagement der Polizei

Der Begriff des Beschwerdemanagements umfasst die Planung, Durchführung und Kontrolle aller Maßnahmen, die im Zusammenhang mit Beschwerden ergriffen werden. Die vorliegende interdisziplinäre Studie zum Beschwerdemanagement der Berliner Polizei evaluiert den aktuellen Bestand von Maßnahmen und untersucht das Optimierungspotenzial. Die Studie ist dabei in zwei Abschnitte gegliedert. Während der erste sich mit den rechtlichen Rahmenbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten befasst, ist der zweite Abschnitt der empirischen Untersuchung gewidmet. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Berliner Polizei sowie Bürgerinnen und Bürger wurden umfassend zu ihren Erfahrungen befragt. Grafiken veranschaulichen die Ergebnisse.

Beschwerdemanagement der Polizei, Klaus Hoffmann-Holland, Detlev Liepmann, Ines Müller, Tobias Lubitz, Kristina Kühl, Inger-Maria Mahlke, Verlag für Polizeiwissenschaft, 2008, 216 Seiten, 24,90 Euro, ISBN 978-3-86676-052-3



Deutsche
Polizei

Titel – Foto: Wilfried Püschel

Gestaltung: Rembert Stolzenfeld

Nr. 3 • 58. Jahrgang 2009 • Fachzeitschrift und Organ der Gewerkschaft der Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Forststraße 3a, 40721 Hilden, Telefon Düsseldorf (0211) 7104-0, Fax (0211) 7104-222
Homepage des Bundesvorstands der GdP: www.gdp.de
Redaktion Bundesteil: Marion Tetzner (verantwortliche Redakteurin)
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin, Telefon (030) 39 99 21 - 114 Fax (030) 39 99 21 - 190
E-Mail: gdp-redaktion@gdp-online.de
Grafische Gestaltung & Layout: Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Mitteilungen und Anfragen bitten wir an den jeweiligen Landesbezirk zu richten.

Erscheinungsweise und Bezugspreis:
Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr. Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten



Verlag:
VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,
Fax (0211) 7104-174
E-Mail: vdp.anzeigenverwaltung@vdpolizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiter:
Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 31 vom 1. Januar 2008



Druckauflage dieser Ausgabe:
174.386 Exemplare
ISSN 0949-2844

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0, Fax (02831) 89887

